

8. Parteitag, 1. Tagung der Partei DIE LINKE  
Erfurt, 24. bis 26. Juni 2022

# Antragsheft 2

**DIE LINKE.**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Berichte</b> .....	Seite 5
Bericht der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament .....	Seite 5
<b>Kandidaturen</b> für den Parteivorstand .....	Seite 9
<b>Anträge</b> .....	Seite 19
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft .....	Seite 21
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei .....	Seite 35
Anträge zur Satzung .....	Seite 50

## **Impressum/Kontakt**

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
*[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)*

Redaktionsschluss: 18. Mai 2022

## Bericht der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Unsere 5-köpfige Delegation DIE LINKE im Europaparlament ist der deutsche Teil der Fraktion THE LEFT (GUE/NGL). Auch in den zurückliegenden zwei Jahren, seit unserem letzten Bericht an den Parteitag, haben wir den eingeschlagenen Weg einer konsequenten linken und kritischen Kraft im Parlament verstetigt. In diese Zeit fielen die großen Herausforderungen in der Corona-Krise und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine (siehe auch unsre Erklärung vom 1.3.2022 zur Entschließung des EP zu Russlands Aggression gegen die Ukraine:

<https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13279.erklaerung-zur-entschliefung-des-ep-zu-russlands-aggression-gegen-die-ukraine.html> ).

The Left legt sich mit den großen Konzernen an, kämpft für Gleichberechtigung und das Einhalten der Menschenrechte an den Außengrenzen der EU. Auch im Europäischen Parlament ist sie die einzige Fraktion, die Krieg als Mittel der Politik ablehnt. Zwar nominell die kleinste Fraktion, hat sie in den vergangenen Jahren mehrfach unter Beweis gestellt, dass sie politisch nicht die schwächste Fraktion ist. So konnte sie die Mehrheit des Parlamentes davon überzeugen, dass zum Beispiel die Impfpatente freigegeben werden, dass das EU-Parlament als erstes Parlament weltweit, Sklaverei als Menschenrechtsverbrechen verurteilt, dass endgültig europaweit Asbest aus allen Häusern entfernt werden muss oder dass Polizeigewalt zu verurteilen ist. Auf unserer Agenda standen vor allem soziale Fragen der Arbeitnehmer\*innen, wie zum Beispiel die Einführung des europäischen Mindestlohns, oder auch die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten.

**Martin Schirdewan** ist gemeinsam mit Manon Aubry Co-Vorsitzender der THE LEFT im Europäischen Parlament. Er genießt das Vertrauen der gesamten Fraktion und hat wesentlichen Anteil an der Schärfung des inhaltlichen Profils der Fraktion.

Martin ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sowie dem Unterausschuss für Steuerfragen. Hier widmet er sich insbesondere dem Kampf gegen die Steuertrickserei multinationaler Großkonzerne sowie der Geldwäscherei im großen Stil. Er arbeitet daher derzeit aktiv als Schattenberichterstatter am neuen EU-Gesetzespaket zur Geldwäschebekämpfung. Vor dem Hintergrund der Pandemie und des Krieges in der Ukraine setzt er sich für eine gerechte Krisenbewältigung durch die Besteuerung von Krisengewinnern wie Digital-, Pharma- und Energiekonzernen ein.

Martin streitet als linker Verantwortlicher beim Digitale-Dienste-Gesetz und Digitale-Märkte-Gesetz für ein sicheres und faires Internet. Digitalen Monopolen, wie Google & Facebook, müssen endlich Grenzen aufgezeigt werden. Mit dem Sammeln persönlicher Daten füllen sich die Kassen der Unternehmen und Hass, Gewalt und Fake News werden bewusst in unsere Timelines gespült. Diese skrupellose Geschäftspraktik gehört verboten. Die Linksfraktion konnte durchsetzen, dass Werbung auf Basis von sensiblen Daten, wie Gesundheitsdaten und politische oder sexuelle Orientierung, zukünftig untersagt ist.

**ozlem Alev Demirel** ist Mitglied im Fachausschuss für Arbeit und Soziales.

Im November des letzten Jahres wurde dort die Position des Parlaments für die Verhandlungen zur Europäischen Mindestlohnrichtlinie beschlossen. Sie war für unsere Fraktion THE LEFT Schattenberichterstatterin für diesen Bericht und hat in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen wichtigen Akteuren, wie den Sozialverbänden, in den Verhandlungen für einen starken Parlamentsbeschluss gekämpft, welcher nun tatsächliche eine »linke Handschrift« trägt. Nun gilt es in den Trilog-Verhandlungen mit Rat und Kommission den Beschluss des Parlaments zu verteidigen, um für die 20,5 Millionen Menschen, die trotz Arbeit »arm« sind, die Weichen für spürbare Verbesserungen erzielen zu können.

Als Schattenberichterstatlerin hat sie zudem die »Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie für Unternehmen« verhandelt.

Zusätzlich zur Ausschussarbeit ist Özlem als Co-Sprecherin verantwortlich für die Strategische Arbeitsgruppe »Worker's Rights«. Auf der jährlich stattfindenden Fraktionskonferenz, die gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsnetzwerk TUNE im März konzipiert und durchgeführt wurde, lag der diesjährige Schwerpunkt auf der »Transformation der industriellen Produktion« aus der Perspektive der Arbeiter\*innen.

Özlem ist unsere außen- und friedenspolitische Sprecherin.

Mit dem aufs Schärfste zu verurteilenden Krieg auf die Ukraine hat sich Geschwindigkeit die EU hin zu einer Militärunion nochmals drastisch erhöht. Es ist unübersehbar, dass die EU und NATO diesen Angriffskrieg verwertet für eigene geopolitische Interessen und um massiv aufzurüsten. Schon jetzt haben die EU Mitgliedsstaaten viermal mehr Militärausgaben als Russland, es geht nicht primär um Verteidigung, sondern um geopolitische Interessen und den innerimperialen Machtkampf, der auf dem Rücken der Ukrainer\*innen und Völker weltweit ausgetragen wird.

Nicht erst seit dem Krieg wird immer mehr auf militärische Mittel gesetzt, um geopolitische Interessen der EU aggressiv und rigoros durchzusetzen. Ursula von der Leyen stellte in ihrer Rede zur Lage der Union im September 2021 fest, die Welt trete »in eine neue Ära verstärkter Konkurrenz ein«, man befinde sich in einer »Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die ihr Verhältnis zueinander neu austarieren.« Um hier bestehen zu können, brauche es eine »Europäische Verteidigungsunion«, so ihre Forderung. Dazu gehören aus Sicht der EU auch europäische Interventionskräfte, insbesondere nach dem Rückzug aus Afghanistan. Und es bedürfe vor allem den »politischen Willen«, diese auch einzusetzen. Ferner sollen ein europäisches »Lage- und Analysezentrum«, »gemeinsame Europäische Plattformen, von Kampfflugzeugen bis hin zu Drohnen und im Cyber-Bereich« aufgebaut werden. Dies alles soll der EU dabei helfen, in der »Ära verstärkter Konkurrenz« militärisch ihre Pfründe zu sichern bis in den indopazifischen Raum. Dies erhöht die Kriegsgefahr, dagegen müssen wir uns stellen.» Broschüren und Studien zu meiner Arbeit, findet ihr hier: <https://oezlem-alev-demirel.de/material/>.

**Cornelia Ernst** widmet sich als Koordinatorin im Innenausschuss der EU Asyl- und Migrationspolitik und dem Datenschutz.

»Ziel ist es, eine nachhaltige, tragfähige, humane und rechtsbasierte EU-Asyl- und Migrationspolitik zu formulieren und den rechts-konservativen Stimmen im Parlament entgegenzutreten. Die Situation und die Verbrechen an den EU-Außengrenzen beschäftigen mich auch als Mitglied des Innenausschuss. Als datenschutz- und netzpolitische Sprecherin unserer Delegation beschäftigen mich die Einhaltung bürgerlicher Rechte und Freiheiten sowie gemeinsame hohe Datenschutz- und Datensicherheitsstandards. Ich setze mich gegen die massenhafte Speicherung und Aufbewahrung von Daten und für ein umfassendes Verbot biometrischer Massenüberwachung ein. Seit kurzem bin ich Mitglied im Pegasus-Untersuchungsausschuss des Parlaments.

Derzeit prägt das »Fit For 55« Gesetzbündel meinen politischen Alltag in den Ausschüssen für Industrie und Umwelt. Ich kämpfe gegen Erdgas als angebliche Brückentechnologie, die die Energiewende bremst und künstliche Abhängigkeit geschaffen hat. Der Ukraine-Krieg zeigt deutlich, dass wir uns von Erdgas unabhängiger machen müssen. Nur ein auf erneuerbaren basierendes Energiesystem ist krisenfest und kann dem Klimawandel in unsicheren Zeiten begegnen. Steigende Energiepreise stehen im Fokus der »Power to the People«-Kampagne unserer Fraktion, für die ich eine der Sprecherinnen bin. Bürger\*innen haben ein Recht auf erschwingliche Energie aus erneuerbaren Quellen. Cornelia ist Vorsitzende der Delegation EU-Iran.

**Martina Michels** ist unsere Delegationsleiterin und vertritt die Delegation der LINKEN im Vorstand der Fraktion THE LEFT sowie in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz.

Für die Linksfraktion sitzt Martina als Obfrau im Regionalausschuss des EP. Hier liegt der Schwerpunkt auf den EU-Strukturfonds, mit deren Hilfe der Verfassungsauftrag zur Angleichung und Verbesserung der Lebensbedingungen überall in der EU vorangebracht werden soll. Hier streiten wir besonders für verpflichtende Kriterien zur sozialen und demokratischen Gestaltung und Abfederung des ökologischen, industriellen und digitalen Wandels in Stadt und Land gleichermaßen. Während jetzt schon die Vorarbeiten für die strategische Ausrichtung der EU-Förderpolitik nach 2027 beginnen, standen und stehen auch die Sonderfonds zur Bewältigung der Folgen des Kohleausstiegs, des Brexit, zur Überwindung der Corona-Krise und aktuell zur Unterstützung der Regionen und Kommunen bei der Hilfe für Ukraine-Flüchtlinge auf Martinas Arbeitsplan.

Martina verantwortete als Mitglied im Kulturausschuss mehrere Stellungnahmen als Schattenbericht-erstatteerin für die Fraktion DIE LINKE, die sich vor allem mit dem Medienaktionsplan und der Digitalisierung aus kulturpolitischer Perspektive befassten (Digitale Dekade, Digitale Bildung, Künstliche Intelligenz-Gesetz). Im Spätherbst erschien unsere Studie zur sozialen Lage von Kulturproduzent\*innen während und nach der Pandemie:

<https://www.dielinke-europa.eu/kontext/controllers/document.php/1005.b/0/cba301.pdf>.

Zusätzlich ist das Monitoring der laufenden Programme für Kultur, Bildung und Jugend 2021 bis 2027 gemeinsam mit den anderen Abgeordneten Fokus der Ausschussarbeit, ebenso wie Anhörungen zur Medienfreiheit und zum Europäischen Bauhaus. Mit der EL haben wir einen Austausch begonnen, indem es darum geht, in den Mitgliedstaaten zu prüfen, ob zwei Prozent der Corona-Hilfen für Kultur ausgeben werden. Auch wenn dies keine für die Kommission bindende Forderung des Europaparlaments war, ist sie legitim, denn im Kulturbereich arbeiten immerhin vier Prozent aller Beschäftigten. Die Lage der Kulturproduzenten, sowie der europaweit arbeitenden Kulturinstitutionen, deren Zugänglichkeit und bessere Finanzierung stehen auch in der verbleibenden Legislatur ganz oben bei unserem politischen Engagement, denn Kultur ist verbindend, dem demokratischen Dialog förderlich und den benötigt Europa mehr denn je.

In der parlamentarischen Versammlung EURONEST bearbeitet sie die Beziehungen der EU zu Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Als Mitglied der Delegation EU-Israel widmet sie sich dem Kampf gegen Antisemitismus und dem Ausbau der Beziehungen zu linken und palästinensischen Vertreter\*innen (Joint List) in der Knesset.

**Helmut Scholz** ist unser offizieller Vertreter in der »Konferenz zur Zukunft Europas«.

»Nach fast zwei Jahren Arbeit haben wir gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Europas die Konferenz über die Zukunft Europas zu einem Abschluss geführt. Ich habe unsere Fraktion dabei im Leitungsgremium der Konferenz vertreten sowie im Rahmen unserer 6 Abgeordneten der Fraktionsdelegation THE LEFT in der Plenarkonferenz-Arbeitsgruppe »Werte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit« mitgearbeitet und den Left Caucus in der Zukunftskonferenz moderiert. Die erarbeiteten 352 Vorschläge in 9 Themenkomplexen sind vielfältig, hochinteressant und beinhalten sehr konkrete Empfehlungen für das Wie weiter in der EU. Wir sollten sie uns bei der Erarbeitung unseres nächsten Europaprogramms sehr genau ansehen, denn sie werden Referenz-Richtschnur für notwendige und gewollte Vertragsänderungen sein. Das Europäische Parlament hat bereits beschlossen, den Rat aufzufordern einen Vertragskonvent einzuberufen. Dort könnte beschlossen werden, was an Änderungen der Verträge notwendig ist, um Europa so weiterzuentwickeln, wie es die Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagen haben. Im Verfassungsausschuss werde ich als Koordinator für unsere Fraktion daran mitarbeiten, einen konkreten Antragskatalog an den Rat auszuarbeiten. Mein 2021 angenommener Initiativbericht des Europaparlaments zur Verstärkung des Mitwirkens der Bürger\*innen in EU-Entscheidungsprozessen weist ebenso wie die von breiten Kreisen der organisierten Bürger\*innengesellschaft, Gewerkschaften, NGOs geforderte Einrichtung permanenter Bürger\*innen-Konsultationen und entsprechender Instrumentarien, inkl. der EBI als unmittelbare und direkt

machbare Einlösung entsprechender Vorschläge aus der EU-Zukunftskonferenz einen Weg zur Überwindung demokratischer Defizite in der EU des 21. Jahrhunderts.«

Helmut ist unser handelspolitischer Sprecher.

»Als The LEFT-Fraktions-Koordinator setze ich mich dafür ein, die Handelspolitik der EU fair und partnerschaftlich mit Drittstaaten so auszugestalten, dass sie zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen aktiv und verantwortlich beiträgt. Gerade habe ich als EP-Berichtersteller das Konzept des Europäischen Parlaments vorgelegt, wie die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika künftig gestaltet werden sollen. Ich konnte eine Mehrheit dafür gewinnen, dass der Schwerpunkt auf die Förderung des Handels innerhalb des afrikanischen Kontinents verlagert werden und den Aufbau selbsttragender, sozial und ökologisch ausgerichteter Ökonomien unterstützen soll. Die Zeit muss endlich vorbei sein, in der wir in Europa unsere Nachbar\*innen lediglich für die Lieferung von Rohstoffen und Absatz unserer Produkte ausnutzen. Gute Arbeit, Schaffung von Zukunftsperspektiven für die junge Generation in einer global digitalisierten Wirtschaft, Besteuerung von Profiten und Wertschöpfung, Kreislaufwirtschaft u.v.m. müssen vor Ort erfolgen. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihren Büros in vier afrikanischen Regionen konnten wir zum Beispiel auch bei der Erstellung des Berichts sehr viel kluge Unterstützung von Expertinnen und Experten aus Afrika gewinnen.

In der kommenden Zeit wird mein Schwerpunkt auf den zu erwartenden harten Verhandlungen zum Europäischen Lieferkettengesetz liegen. Wir haben die Aufgabe und Chance, in Brüssel ein wirksames Gesetz zu machen, als was bislang in Deutschland oder Frankreich erreicht werden konnte.“

*F.d.R. Martina Michels*

Delegationsleiterin  
DIE LINKE. im Europaparlament

Brüssel, Mai 2022



# Kandidaturen



# Frederick Broßart

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Niedersachsen

Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich für das Amt des Bundesvorsitzenden von DIE LINKE. Mein Name ist Frederick Broßart und ich bin im KV Emden tätig. Ich bin 37 Jahre alt und arbeite bei Volkswagen in Emden.

Warum bewerbe ich mich? Ich sehe DIE LINKE an einen Scheidepunkt. Wir brauchen keine Transformation. Wir müssen uns nicht neu erfinden. DIE LINKE hat Grundwerte wie die Entmilitarisierung und ein gutes Leben für jeden zu schaffen. Doch ich sehe diese Grundwerte gefährdet. Wir waren eine Kümmerer-Partei. Ich setze mich für unsere Grundwerte ein.

Da ich Gewerkschaftler bin, vermisse ich die Nähe zur Arbeiterklasse. Dieses muss endlich wieder fokussiert werden. In Zeiten von hoher Inflation müssen die Arbeitnehmer viel verkraften. Mehr als schon vorher. Es braucht höhere Gehälter und eine Deckelung der Preise für Lebensmittel.

Die prekären Arbeitsverhältnisse für Millionen Menschen müssen verbessert werden. Das System Hartz 4 gehört abgeschafft und durch ein menschenwürdiges System ersetzt. Die Menschen im Gesundheitswesen brauchen endlich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Wir als LINKE müssen den Menschen in den Vordergrund stellen.

Ich stehe für ein Verbot von Waffenlieferungen auch wie jetzt in die Ukraine. Wir müssen die Stimme der Vernunft sein. Ein Aufweichen der Entmilitarisierung bedeutet für mich eine Transformation zu »die Grüne 2.0«. Die Diplomatie und die humanitäre Hilfe müssen in den Vordergrund. Putins feiger Angriff zeigt, dass es Zeit dafür ist. Zeit dafür die Vernunft walten zu lassen. Mehr Waffenlieferungen bedeuten nur noch mehr Leid. Doppelmoral ist es den Ukrainern keine Perspektive aufzuzeigen und Waffenlieferungen zu fordern.

Wir als LINKE müssen endlich intern streiten und nicht alles nach außen tragen. Lasst uns streiten Genossinnen und Genossen! Aber für eine bessere Zukunft für die Menschen und nicht für ein gegenseitiges Zerfleischen und für bessere Posten!

# Carlo Eidmann

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Sachsen-Anhalt



Liebe Genossen und Genossinnen,

ich grüße sie recht herzlich aus dem Kreisverband Burgenlandkreis. Ich habe mich entschlossen, die Partei aus der Krise zu führen. Deswegen sehe ich dazu berufen, als Bundesvorsitzender zu kandidieren. Ich bin weder Mandatsträger noch Funktionär. Darum bin ich in keiner Weise in innerparteiliche Machtkämpfe verwickelt und gehöre keiner politischen Gruppierung innerhalb der Partei an. Ich bin bereit, mit ganzer Kraft dafür zu kämpfen, damit unsere Idee nicht untergeht. Wir haben keine Antworten mehr auf die Fragen der Zeit und keine Ambitionen jenseits von Mandaten und Posten. Ich will euch inspirieren und mitreißen. Wir werden diese Welt zu einem besseren Ort machen, indem wir Menschen und Klassen vereinen. In dem wir lernen, dass der Starke für den Schwachen da ist und die Schwachen zusammen für den Starken eintreten, wenn dieser halt auch mal schwach ist. Taten vor Parolen und echter Zusammenhalt ist das, was wir brauchen. Wir brauchen Realpolitik genauso wie Kampfgeist und Gemeinschaft. Das Bild, das die Partei zuletzt in der Öffentlichkeit abgegeben hat, war eine Schande. Und darum trete ich an die Ideale nach vorne zu stellen und die eigenen Interessen zurück. Als Familienvater von vier Kindern und studierter Biologe weiß ich, wie man die Zukunft baut. Ich freue mich auf eine Antwort.

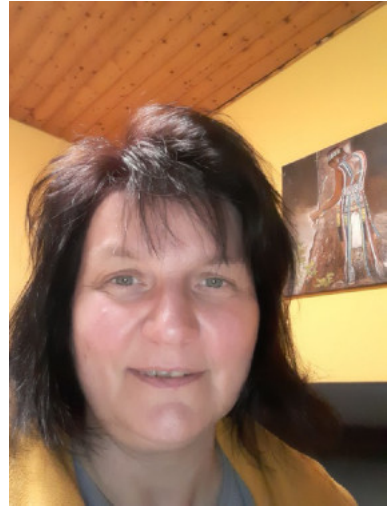
Bis dahin mit freundlichen Grüßen

*Carlo Eidmann*

# Heike Monika Häring

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bayern



## Vita

- Heike Häring, geb. Dombrowski
- Familienstand: nicht verheiratet
- Geb. 12.7.1965, Bielefeld (NRW)
- Adresse: 91720 Absberg (Bayern)
- 1989 Examen zur Gesundheits- und Krankenpflegerin
- 10 Jahre AWO Schwabach
- 4 Jahre AOK Bayern
- AOK Baden Württemberg
- Pflegedienstleitung, QM, Casemanagement
- Mitglied Bündnis 90/ Die Grünen Schwabach
- Und KV Weißenburg/ Gunzenhausen
- Mitglied DIE LINKE seit 9/2020

Es muss in der Bundespolitik eine gestärkte Opposition geben, damit das soziale Gefüge nicht außer Kontrolle gerät. Dazu möchte ich bei Anträgen mich aktiv mit einbringen und so ein Zeichen gegen Altersarmut setzen. Die Friedenspolitik möchte ich neben der Pflegebranche ebenfalls unterstützen.

*Häring*

# Josie Rücker

## Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Brandenburg

### **Zu meiner Person:**

- 1970 geboren in Berlin
- Aufgewachsen in Biesenthal
- 1986 Ausreiseantrag der Mutter nach Westberlin
- 1992 Umzug nach München, Ausbildung zur Fotografin, Arbeit als Kameraassistentin
- 1996 Reise als Fotografin in die Südosttürkei mit der LINKEN-Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, seitdem Sympathisantin der LINKEN, damals PDS
- 1998 Studium an der Deutschen Film - und Fernsehakademie Berlin, Diplomkamerafrau
- 2004 »Wilhelm der Schäfer«, 1. eigener Dokumentarfilm
- seit 2006 Arbeit als Kamerafrau und -assistentin
- 2009 zurück nach Brandenburg, Kinder, seitdem Ausstellungen als Fotografin und Künstlerin, zuletzt »Die Kinder der Orama«, Galerie Bernau, Landtag Brandenburg, Jüdisches Museum Schwedt

Sehr geehrte Mitglieder,

mein Name ist Josie Rücker. Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE seit 2009, aktiv in der BO Wandlitz und im Bundesausschuss für Brandenburg.

Für den Parteivorstand wünsche ich mir eine geeinte Linke, die sachlich diskutiert, mit gegenseitigem Respekt und in Transparenz. Wir arbeiten lösungsorientiert mit Blick auf die wirklichen Nöte unserer Menschen. Dazu braucht es den engen Austausch mit den Landesverbänden, den Kommunen. Wie kann eine Pflegereform aussehen, die ihren Namen wirklich verdient? Wie funktioniert respektvoller, gleichberechtigter Umgang miteinander, auch in unseren eigenen Reihen? Verlieren wir nicht unsere großen Ziele aus den Augen, wie die Umgestaltung der Gesellschaft hin zu einem sozial-ökologisch-gerechtem System, in Wertschätzung aller Beteiligten. Und fangen wir im kleinen Alltäglichen an. Holen wir die Menschen bei ihren Sorgen ab und bringen ihre Probleme auf die Agenda unserer täglichen Parteiarbeit.

Ich bin da, wenn es darum geht, einen Konsens zu finden, wenn es um die Einforderung wertschätzenden Umgangs miteinander geht, darum, Machtstrukturen zu hinterfragen und unsere Arbeitsgremien auf Nachhaltigkeit, Familienfreundlichkeit, die Gestaltung friedlicher Prozesse abzuklopfen.

Danke für Eure Aufmerksamkeit.

*Josie Rücker*

# Lucas Grischkat

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Liebe Parteifreundinnen und Freunde,  
Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Lucas Grischkat, ich bin 29 Jahre jung, Mitglied in der BO-Moabit in Berlin und dort seit meinem Beitritt im Sommer 2021 aktiv.

Wie wir alle wissen, befindet sich unsere Partei in einem desolaten Zustand. Wir fahren eine Wahlschlappe nach der anderen ein. Der kommende Bundesparteitag wird vor diesem Hintergrund zu einem schicksalshaften. Laut der Wahlauswertung durch »infratest dimap« nach der Bundestagswahl sagen 94 Prozent unserer Wähler, dass sie es gut fänden, wenn DIE LINKE sich an der nächsten Regierung beteilige. Gleichzeitig haben wir lautstarke Kräfte in der Partei, die jegliche Koalitionsbildung strikt ablehnen. Das passt nicht zusammen.

Ein paar Zahlen: 62 Prozent aller Wähler geben an, dass unsere Forderungen unrealistisch und nicht finanzierbar seien. Nur 11 Prozent aller Wähler sprechen uns Kompetenz im Bereich sozialer Gerechtigkeit zu. 9 Prozent sind es bei angemessenen Löhnen. In den Bereichen Umwelt und Klima und Außenpolitik sind es jeweils nur 2 Prozent. Nur 5 Prozent der Arbeiter haben DIE LINKE gewählt.

DAS muss eine schallende Ohrfeige für uns alle sein. So kann und darf es in keinsten Weise weitergehen. Die Wählerinnen und Wähler nehmen uns schlicht als inkompetent wahr. Unsere Außenwahrnehmung ist wegen schlechter Kommunikation zu den Wählern desaströs. Wenn wir uns nicht schleunigst um eine innerparteiliche Erneuerung bemühen, enden die nächsten Wahlen in einem Fiasko.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist eines meiner Kernthemen für die ich mich innerparteilich einsetzen möchte. Aus diesen Gründen kandidiere ich hier für einen Platz im Parteivorstand. Ich fühle mich verpflichtet der Partei meine Arbeit und meine Mühen zukommen zu lassen, damit wir aus dieser desaströsen Lage wieder herauskommen. Die Partei braucht dringend Erneuerung, denn die wirtschaftlich und finanziell Benachteiligten in ganz Deutschland brauchen uns. Und ich möchte gerne Teil dieser Erneuerung sein.

Vielen Dank.

# Frank Speth

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hessen  
Kreisverband Limburg-Weilburg



## Zu meiner Person:

- Geboren am 5.12.1964 in Hadamar im Landkreis Limburg-Weilburg
- 1982 – 1985 Ausbildung zum staatlich-examinierten Krankenpfleger
- Tätigkeit in der Krankenpflege bis zum Studienbeginn
- 1992 – 1995 Abendgymnasium Wiesbaden
- 1995 – 2001 Studium katholische Theologie und Philosophie - Diplom-Theologe
- Verantwortlicher für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei im Kreisverband Limburg-Weilburg
- Lehrer für Deutsch/Kommunikation, Sozialkunde/Wirtschaftslehre, Religion und Ethik
- seit 26.11.2008 Landesmoderator für Jugendmedienschutz an den Schulen in Rheinland-Pfalz.  
Jugendmedienschutzberater und Datenschutzbeauftragter an der Berufsbildenden Schule Montabaur

Liebe Genoss\*innen,

ich möchte mithelfen, dass unsere Partei wieder positiver wahr- und politisch ernstgenommen wird. Wir müssen uns wieder mehr auf unsere Wurzel besinnen. Unsere Partei ist wichtig für unser Land. Lasst uns miteinander Zukunft gestalten. Vieles ist gesellschaftlich und politisch im Wandel. Lasst uns gemeinsam diesem Wandel mit Zuversicht begegnen. Wir sollten ihn als Chance begreifen lernen. Mir liegt an einem wertschätzenden Miteinander in unserer Partei, einer Politik in Augenhöhe und allen Menschen zugewandt.

Ich bin bereit, stelle mich zur Wahl und bitte um Euer Vertrauen.



# Shaked Spier

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



## Zur Person:

- Seit 2015 Sprecher BAG Netzpolitik
- Seit 2012 Mitglied DIE LINKE, Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg
- Beruf: Projektleiter im E-Health-Bereich
- Studium: Bibliotheks- u. Informationswissenschaft & Gender Studies, seit 2019 Doktorand in Technikethik (Uni Twente)
- Förder-/Mitgliedschaften: Meretz, Breaking the Silence, Peace Now, Digitale Gesellschaft
- Geb. 1985 in Israel, seit 2008 in Berlin

Liebe Genoss\*innen,

heute geht's um die Zukunft. Um die Zukunft unserer Partei, aber vielmehr die Zukunft unserer Gesellschaft. Denn eine tatkräftige linke Kraft ist unverzichtbar – das ist kein Worthülsen, sondern Realität angesichts der Politik der Ampel-Regierung.

Jenseits der Parlamente, neue politische Themen stellen uns vor großen Herausforderungen. Was bedeutet linke Politik in Zeiten von Klimawandel, Digitalisierung, Pandemie, Neo-Faschismus und Krieg in Europa? Wir müssen aus dem inhaltlichen Stillstand rauskommen. Es ist an der Zeit, lange vertagte Debatten zu führen, bewährte linke Konzepte mit neuen politischen Kämpfen zu verbinden, kohärente Positionen (statt Formelkompromisse) in komplexen Fragen zu formulieren und diese geschlossen(!) nach außen zu vertreten.

Ich bin der festen Überzeugung: Die Grundlage dafür ist starke innerparteiliche Demokratie, innovatives politisches Denken, und ja, auch Spaß an der politischen Arbeit. Denn die Partei gehört ihrer Mitglieder. Wir sind in den Communities und sozialen Bewegungen vor Ort verankert. Die Parteientwicklung muss die Basis stärken: Partizipative Programmstellung, mehr Zeit für Basis-Anträge und Debatten auf Parteitagen, Online-Mitgliederentscheid, Parteidigitalisierung nach den Bedürfnissen der lokalen Strukturen u.v.m.

Zum Schluss, nach 14 Jahren in Berlin, bin ich weiterhin mit den israelischen Linken und Friedensbewegung stark verbunden. Denn weltweite Kämpfe für Frieden und soziale Gerechtigkeit viel gemeinsam haben und miteinander arbeiten müssen!

Dafür und vieles mehr bitte ich um eure Stimme!

# Martin Striegnitz

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Sachsen-Anhalt



Ich bin 1995 geboren und seit 2011 Mitglied der Partei. Einige von Euch kennen mich vielleicht noch aus der Linksjugend in Thüringen. Die meisten aber vermutlich nicht. Mit meiner Bewerbung biete ich Euch ein junges, linkes Gesicht an. Eine Option, die klar daran glaubt, dass diese Partei tiefgreifende Reformen braucht.

Ich bin ein Vertreter linker Realpolitik. DIE LINKE muss aufzeigen dass eine andere Gesellschaft möglich ist. Eine Gesellschaft, orientiert an Gemeinwohl, Humanismus und Demokratie. Aber jede Vision der Zukunft hilft uns nicht, wenn wir sie nicht in reale Politik, in konkreten Gestaltungswillen fassen. Und wenn unser Wille bei den Menschen nicht ankommt. DIE LINKE muss die realen Probleme der Menschen ansprechen!

Die Probleme der Queer-Bewegung, von PoC und die Probleme des Feminismus ebenso wie die Sorgen der Alleinerziehenden in Marzahn oder des Facharbeiter:innen in Stendal! Denn all diese Probleme sind real! Wer meint, die Schwachen der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, ist nicht links und sollte überdenken, ob man in der Partei richtig aufgehoben ist.

Zuletzt – ich bin für den pluralistischen Streit!

Man sollte hart streiten, für die beste Politik. Wichtig ist aber, dass, wenn am Ende ein Beschluss gefasst wurde, alle diesem folgen. Man muss kein Fan sein, aber man sollte nicht den gemeinsamen Beschluss zerstören. Denn niemand vertraut einer zerstrittenen Partei.

Für eine streitbare LINKE des 21. Jahrhunderts, die die Interessen ALLER vertritt, die Hilfe brauchen, und die es schafft, bei aller Diskussion geschlossen aufzutreten. Dafür möchte ich kämpfen. Als neues Gesicht und Teil der jungen Generation.

Wenn nun Fragen offen sind – ich streame.

Und wenn ihr »Prunky« auf Twitch sucht, beantworte ich gerne Eure Fragen.

Nun bitte ich um Eure Stimme! Denn es braucht DIE LINKE – jetzt erst Recht und trotz alledem!

# Anträge

## **Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller\*innen**

Um Papier- und Druckkosten auf ein Minimum zu reduzieren und eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller\*innen, die sich an § 17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller\*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt. Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller\*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite unter: <https://www.die-linke.de/parteitag2022> einzeln einsehbar.

# Antrag G01: Einführung einer Maschinen- bzw. Robotersteuer

Antragsteller\*in:

OV Saarwellingen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag reicht einen Gesetzesvorschlag über
- 2 die Einführung einer Maschinen- bzw. Robotersteuer ein. Des Weiteren soll dieser
- 3 Antrag entsprechend seiner Bedeutung nach Annahme publiziert werden über alle Medien.

## Begründung

VW hat im I. Quartal '22 einen Gewinn von über 7 Milliarden Euro gemeldet. BMW meldete über 10 Milliarden Gewinn. Und das sind Zahlen nur für drei Monate!

Durch den Einsatz von immer mehr Maschinen und Robotern fallen viele tausend Arbeitsplätze weg. Dadurch verliert der Staat erhebliche Summen Gelder, die dem Bundeshaushalt entgehen und fehlen. Schon 1972 (!) erwog der damalige OB aus München, Hans Jochen Vogel, SPD, die Einführung einer solchen Besteuerung. Das war damals nicht mehrheitsfähig. Angesichts obiger Ertragszahlen ist es Zeit für einen neuen solchen Vorstoß. Die Steuer soll nicht zu hoch sein, dass sie die Unternehmer abschreckt, aber auch nicht so niedrig, dass sie sozial unverträglich ist. Diese Balance gilt es zu finden.

Die Robotersteuer ist eine Ausprägung der Maschinensteuer, die man wiederum als Wertschöpfungsabgabe begreifen kann. Die Idee ist, den Betrieb, respektive die Arbeit von Robotern, auch Förderbänder gehören dazu, in der Produktion und in anderen Bereichen zu besteuern und die Gelder dem System der Sozialversicherung, sprich insbesondere Bürgergeld und Kindergrundsicherung, zuzuführen. Zugleich ist die Frage, ob im Gegenzug die Arbeit von Menschen steuerlich entlastet werden soll.

# Antrag G02: Frieden in Aktion

Antragsteller\*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zusammenhang mit der Friedenskooperative
- 2 und der Friedens- und Zukunftswerkstatt einen Konvent zu veranstalten, um einen
- 3 steten Austausch mit sozialen, friedensbewegten und ökologischen Bewegungen zu
- 4 etablieren
- 5 2. Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Aktionstag für eine bundesweit
- 6 mobilisierende Demonstration vor dem Bundestag in Berlin vorzubereiten und
- 7 aufzurufen. Der Parteivorstand erklärt sich bereit, die Durchführung der
- 8 Demonstration finanziell, mobilitätstechnisch und personell zu unterstützen.
- 9 Inhalt der Demonstration ist der Aufruf zur weltweiten Abrüstung – insbesondere im
- 10 Hinblick auf den Plan der Ampelregierung ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für
- 11 Investitionen in der Verteidigungspolitik in das Grundgesetz zu implementieren und
- 12 dem Vorhaben dauerhaft mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung und
- 13 Militär auszugeben.
- 14 Weiteres Schwerpunktthema der Demonstration soll die alternative Verwendung der 100-
- 15 Milliarden-Euro-Sondervermögen für soziale und ökologische Belange sein, die für die
- 16 Menschheit und unseren Planeten einen Mehrwert schaffen #100Mrdbessereideen

## Begründung

*„Mein eigentlicher Erfolg war, mit dazu beigetragen zu haben, dass in der Welt, in der wir leben, der Name unseres Landes, Deutschland also, und der Begriff des Friedens wieder in einem Atemzug genannt werden können.“ [Willy Brandt, Dezember 1988]*

Wir Genossinnen und Genossen des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf blicken mit großer Sorge und Angst auf die weitreichende Destabilisierung des Weltfriedens seit dem Ausbruch des Russland-Ukraine-Kriegs am 24. Februar 2022.

Zusätzlich rüsten die Industriestaaten auf und mit ihnen auch Deutschland, deren Aufrüstungsprogramm über künftige Generationen in unsere Verfassung implementiert werden soll. Kriegerische Handlungen töten Menschen und Tiere, traumatisieren Generationen und zerstören Hab & Gut der Menschen, denen mit Glück ihr Leben und das ihrer Angehörigen bleibt.

Verbrannte Wälder, kontaminierte Böden, vergiftetes Grundwasser: Während die Infrastruktur eines Landes innerhalb weniger Monate wieder aufgebaut werden kann, ist die Umwelt oft über Jahrzehnte oder länger belastet und zerstört.

Wir gründen unsere Forderung auf unser Erfurter Programm vom Oktober 2011, in dem es heißt: „DIE LINKE wird niemals einer deutschen Beteiligung an einem Krieg zustimmen. Krieg löst kein Problem, es ist immer Teil des Problems.“

Wir Genossinnen und Genossen des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf fordern die Bundesfraktion DIE LINKE auf, endlich öffentlichkeitswirksam ihre Stimme gegen den Krieg, gegen Aufrüstung und gegen eine weitere Eskalation zu erheben und ihr Schweigen zu brechen.

*„Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als 1 Minute schießen.“ [Helmut Schmidt]*

WIR HALTEN AN DEM MENSCHHEITSTRAUM FEST, DASS EINE BESSERE WELT MÖGLICH IST!

## Antrag G03: Aufarbeitung der Corona-Pandemie durch die Oppositionspartei DIE LINKE

<b>Antragsteller*in:</b>	Gudrun Schumann (BAG Gesundheit und Soziales), Dr. Viola Schubert-Lehnhardt (BAG Gesundheit und Soziales), Dr. Anne Urschll (BAG Gesundheit und Soziales)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Corona-Pandemie ist politisch umfassend aufzuarbeiten als gesundheitspolitischer
- 2 Ratschlag zur Einschätzung und Auswertung der Corona-Politik der Bundesregierung. Es
- 3 sind Schlussfolgerungen für die Erarbeitung einer linken gesundheitspolitischen
- 4 Strategie zu ziehen und der Austeritätspolitik eine klare Absage zu erteilen.
- 5 Folgende Aspekte sind einzubeziehen:
- 6 • Das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zwischen
- 7 Ökonomisierung und Kommerzialisierung und medizinischem Versorgungsauftrag,
- 8 • Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und die Wirkung des gesetzlichen
- 9 Sicherstellungsauftrages bei einer segmentierten Patientenversorgung,
- 10 • Die Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als aufsuchender und sozial
- 11 kompensatorischer Dienst,
- 12 • Die Interdisziplinäre Zusammenarbeit im medizinisch-wissenschaftlichen Bereich
- 13 und die Rolle der Pharmaindustrie
- 14 • Einheitliche belastbare wissenschaftliche Datenerhebung und öffentlicher Diskurs
- 15 in und mit der Gesellschaft,

- 16 • Vor- und Nachteile des Föderalismus bei der Koordinierung staatlicher Maßnahmen
- 17 zur Bekämpfung der Pandemie,
- 18 • Folgewirkungen des Lockdowns auf den Zusammenhalt der Gesellschaft mit ihren
- 19 grundgesetzlich verankerten Werten sind festzustellen
- 20 • Erfahrungen aus dem Impfwesen der DDR sinnvoll in linke Gesundheitspolitik
- 21 einbeziehen und eine kontinuierliche Prävention betreiben.

## Begründung

Mit den Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist zeitweise das gesamte gesellschaftliche Leben zum Erliegen gekommen. Besonders hart war das Kappen der sozialen Beziehungen. Darunter haben Menschen aller Altersgruppen, ob Infizierte oder Nichtinfizierte, gelitten. Die Zerklüftung der Wissenschaftslandschaft hat sich als Hindernis bei der Zusammenführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und der schnellen wirkungsvollen Anwendung gegen die Pandemie gezeigt. In der Öffentlichkeit wurde eine einseitige Ausrichtung der Diskussion wahrgenommen, die zu Misstrauen in die Politik und zu Akzeptanzproblemen von festgelegten Maßnahmen führte. Erfahrungen von Impfstrategien und Präventionsarbeit, wie in der DDR praktiziert, wurden in keiner Weise genutzt. Damit wurden auch Chancen vertan, den Osten in die gesundheitspolitische Arbeit der Linken einzubeziehen.

Die Sparpolitik vorangegangener Jahre hat tiefe personelle und auch materiell-technische Spuren hinterlassen. Nicht nur in Kliniken fehlt(e) vor allem Pflegepersonal und notwendige Schutzausrüstung. Völlig unterfinanziert ist der Öffentliche Gesundheitsdienst, dem es an Ausrüstung und Personal mangelt. Aufgrund dessen war er nicht in der Lage, alle Daten tagesaktuell zu erfassen und einer zentralen Auswertung zuzuführen.

Die Linke ist in der Zeit der Pandemie kaum in Erscheinung getreten und hat dem Staatsinterventionismus nichts entgegen gehalten. Ideen und erkennbare konzeptionelle Vorstellungen basierend auf dem Erfurter Parteiprogramm fehlten. Dieses Defizit ist aufzuarbeiten unter Beteiligung der Mitglieder der Linken und interessierten Bürgern bis Ende des Jahres.

## Antrag G04: Keine solche „Zeitenwende“ mit der LINKEN

<b>Antragsteller*in:</b>	Antikapitalistische LINKE
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag möge zusätzlich zu dem Leitantrag zu Krieg und Aufrüstung beschließen:
- 2 KEINE SOLCHE „ZEITENWENDE“ MIT DER LINKEN
- 3 1. Die „Ampel-Koalition“ hat unter maßgeblicher Führung des SPD-Bundeskanzlers Olaf
- 4 Scholz das größte Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr in der Geschichte der BRD
- 5 beschlossen. 100 Milliarden Euro sollen mittels eines im Grundgesetz verankerten
- 6 Sonderhaushalts für die Modernisierung der Bundeswehr bereitgestellt werden.
- 7 Modernisierung heißt auch die Anschaffung neuester atomwaffenfähiger Flugzeuge,
- 8 bewaffnete Drohnen und eine deutsche Führungsrolle bei der weiteren Militarisierung
- 9 der Europäischen Union.
- 10 Gleichzeitig verpflichtet sich die Bundesregierung, die von der NATO für ihre
- 11 Mitgliedstaaten geforderten jährlichen Ausgaben für den „Verteidigungshaushalt“ in
- 12 Höhe von mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Zukunft sicherzustellen.
- 13 Das würde eine dauerhafte gewaltige Erhöhung des „Verteidigungsetats“ bedeuten.
- 14 2. Der Bundeskanzler Scholz und die Parteien der „Ampel-Regierung“ begleiten diese

15 Beschlüsse mit einer unverhüllten Kriegsrhetorik. Es soll die „beste Bundeswehr aller  
16 Zeiten“ geschaffen werden. Die militärische Rolle Deutschlands in der Welt soll  
17 systematisch ausgebaut werden. Der Bundeskanzler hat den Kampfbegriff der  
18 „Zeitenwende“ zum militärpolitischen Programm der Regierung erhoben.

19 3. DIE LINKE erklärt ihre entschiedene und umfassende Opposition zu diesen  
20 Aufrüstungs- und Militarisierungsplänen. DIE LINKE sagt NEIN auf allen politischen  
21 Ebenen und setzt sich für Frieden und Abrüstung ein.  
22 DIE LINKE wird sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen am Aufbau einer  
23 Antikriegsbewegung gegen diese Vorhaben der Bundesregierung beteiligen.  
24 DIE LINKE wird keiner einzigen Maßnahme im Kontext dieses Aufrüstungsprogramms sowohl  
25 auf Bundes- als auch auf EU- und Landesebene zustimmen.

26 4. DIE LINKE wird sich in den Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, für ein  
27 Nein im Bundesrat zu der vorgesehenen Grundgesetzänderung einsetzen. Eine Enthaltung  
28 in dieser Frage reicht nicht aus. In der Frage von Krieg und Frieden hat DIE LINKE  
29 eine eindeutige Haltung, da gibt es nichts zu enthalten.  
30 An einer Regierung, die der Grundgesetzänderung nicht widersprochen hat, wird sich  
31 DIE LINKE nicht länger beteiligen. DIE LINKE wird solche Koalitionen in diesem Fall  
32 aufkündigen. An Verhandlungen zu künftigen Regierungen wird sich DIE LINKE nur  
33 beteiligen, wenn diese Sondierungen die Rücknahme der Grundgesetzänderung und des  
34 damit verbundenen Aufrüstungsprogramms als vorrangige Aufgabe verfolgen.

## **Begründung**

Die „Zeitenwende“ wird zu einem „Zeitenende“, wenn sich nicht wenigstens eine Partei in Deutschland und Europa mit aller Macht der Kriegstreiberei, Aufrüstung und Militarisierung der Politik widersetzt.

## **Antrag G05: EON, RWE und Co enteignen!**

**Antragsteller\*in:**

Rolf Schümer (KV Salzwedel)

Der Parteitag möge beschließen:

1 Der Bundesparteitag schlägt allen Landesverbänden vor, ab sofort für  
2 Volksabstimmungen initiativ zu werden, um im Bündnis mit anderen fortschrittlichen  
3 Kräften eine Kampagne für die Enteignung der großen Energiekonzerne ins Leben zu  
4 rufen, da nur auf den Landesebenen die rechtlichen Voraussetzungen für  
5 Volksentscheide bestehen.

6 Ab Ende des laufenden Jahres und besonders in 2023 müssen Millionen Haushalte in  
7 Deutschland mit hohen Nachzahlungsforderungen der Energieversorger rechnen. Da wegen  
8 der energiepolitischen Lage viele alternative und ökologisch-nachhaltige Versorger  
9 Insolvenz anmelden mussten, diktieren zunehmend die großen Konzerne die Preise und  
10 wollen von der Krise profitieren. Besonders die Menschen mit geringen Einkommen  
11 werden so existenziell bedroht.

12 Nach einem Erfolg des jeweiligen Volksentscheids fordern wir für die Dauer der  
13 Enteignungsregelungen die treuhänderische Kontrolle der Energiekonzerne durch die  
14 Bundesnetzagentur, wie sie bereits im Fall des Tochterunternehmens von „Gazprom“  
15 praktiziert wurde und wird. Dabei wird für die privaten Haushalte ein Stufen-  
16 Tarifmodell angewendet, das mit einer kostenfreien Grundversorgung beginnt und in den  
17 folgenden Stufen der Preisgestaltung einen bewussten und sparsamen Verbrauch  
18 unterstützt.



## Begründung

Anknüpfend an den Erfolg von „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ gehen wir einen konsequenten Schritt in Richtung energiepolitischer Daseinsvorsorge.

## Antrag G06: DIE LINKE und der Antifaschismus: Der 8. Mai muss Feiertag werden!

Antragsteller\*in:

BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

1 Am 8. Mai 1945 siegte die weltumspannende, weltanschauungsübergreifende Allianz der  
2 Solidarität und Humanität über die faschistische Barbarei Nazi-Deutschlands, die  
3 brutalste Form bürgerlicher Herrschaft. Zweiter Weltkrieg und Shoah, millionenfachen  
4 Mord, Massenvernichtung und Gewaltherrschaft, in denen über 60 Millionen Menschen,  
5 davon 20 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürger und 6 Mio. Juden und Jüdinnen,  
6 umgebracht wurden, konnten erfolgreich beendet werden. Die Befreiung wurde mit  
7 weitreichenden Schlussfolgerungen für ein ziviles und demokratisches Zusammenleben in  
8 sozialer Gerechtigkeit weltweit errungen. Davon zeugt allein schon die UNO und ihre  
9 Charta.

10 Die Holocaust-Überlebende und humanistische Kämpferin gegen Faschismus und Unrecht  
11 Esther Bejarano sprach dazu am 3. Mai 2021 in Hamburg und gab uns kurz vor ihrem Tod  
12 ihr Vermächtnis mit auf den Weg: *„Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch  
13 einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lübz umarmen und  
14 küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den FRIEDEN feiern!“*

### 15 **Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!**

16 Diese Hoffnung ist uneingelöst und daher der Auftrag an uns. Wir nehmen ihn an. Die  
17 großen globalen Probleme unserer Zeit – soziale Ungleichheit, Krieg und Flucht,  
18 Umweltzerstörung, Entdemokratisierung und extreme Rechte – resultieren aus der noch  
19 nicht vollendeten Befreiung. Als Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen,  
20 die von deutschem Boden ausgingen, aus kolonialistischer Ausbeutung und globaler  
21 Konkurrenz flossen die Ansprüche der Befreiung – Völkerfreundschaft, Frieden und  
22 Zusammenarbeit – in die UN-Charta, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ und  
23 das Grundgesetz, in erster Linie das Friedensgebot, demokratische Grundrechte, das  
24 Sozialstaatsgebot, die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln,  
25 keine Armee, das Verbot von Angriffskriegen und ein weitreichendes Asylrecht. Das  
26 ist der Entwicklungshorizont für unsere vielfältigen Aktivitäten für Emanzipation und  
27 sozialen Fortschritt – heute erst recht und überall: *„Alle Menschen sind frei und  
28 gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und  
29 sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen“* (Artikel 1 der Allgemeinen  
30 Erklärung der Menschenrechte).

31 77 Jahre nach der Befreiung erklärt DIE LINKE in Erinnerung an die Verbrechen der  
32 Nazis, an ihre Opfer und die Widerstandskämpfer:innen überall auf der Welt, den 8.  
33 Mai zum gesetzlichen Feiertag für die tätige Erinnerung machen zu wollen, damit nie  
34 wieder Faschismus, nie wieder Krieg ist.

### 35 **Wehret den Anfängen!**

36 Unser Augenmerk muss der AfD gelten. Sie lehnt die Bedeutung des 8. Mai ab, weil sie  
37 Nazi-Diktatur und Weltkriege beschönigt und die Konsequenzen negiert. Ihr  
38 aufhaltsamer Aufstieg ist begründet in einer Reaktion auf die tiefgreifende Krise des  
39 neoliberalen Kapitalismus und seiner Eliten, um ihren Machterhalt zu sichern. Sie ist

40 eine extrem spießige Anti-68er-Partei – mit individualisierender Eigenverantwortungs-  
41 und enger Familienideologie, damit die Menschen nicht gemeinsam aufbegehren, sondern  
42 privat, brav und vereinzelt bleiben. Nationalismus und Konkurrenz, Ungleichheit und  
43 Autoritarismus, Militarismus und Geschichtsrevisionismus sind ihr Wesenskern. Sie ist  
44 Produkt verrohter Bedingungen und gleichzeitig deren Schrittmacher.

#### 45 **Vorwärts und nicht vergessen!**

46 DIE LINKE ist entschiedene Gegnerin der AfD und aller Nazi-Organisationen. Die Würde  
47 des Menschen ist unantastbar! Das tätige Erinnern an die Verbrechen der Nazis und das  
48 Wirken für die uneingelösten Hoffnungen der Verfolgten, der Gegner:innen und  
49 Befreier:innen des faschistischen Systems ermuntern uns und sind uns Verpflichtung,  
50 gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Bündnissen als  
51 Einheit um soziale Verbesserungen, zivile Entwicklung und antifaschistisch zu  
52 kämpfen. Wir wollen die solidarische Alternative zur propagierten Alternativlosigkeit  
53 des neoliberalen Kapitalismus bilden. Mit Aufklärung und Ermunterung kämpfen wir um  
54 die Köpfe, auf der Straße, in den Betrieben, Bildungs- und Kultureinrichtungen und im  
55 öffentlichen Diskurs: Sodass die Vielen ihre Lage erkennen und ihre Sache gemeinsam  
56 in die Hand nehmen.

57 Wir wenden uns auch gegen den Versuch, aus der Erfahrung des Faschismus heutige  
58 Kriege und Kriegsvorbereitungen zu legitimieren. Die Schlussfolgerungen aus 1945 sind  
59 gerade darauf gerichtet, „*künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu*  
60 *bewahren*“ (Präambel der UN-Charta, 1945). Zu Diplomatie und Verhandlungen, zu ziviler  
61 Konfliktlösung und Völkerverständigung gibt es keine Alternative – es sei denn Krieg  
62 mit der Möglichkeit der atomaren Vernichtung der Menschheit. Die Logik des Krieges  
63 muss der Logik des Friedens weichen. Dafür setzen wir uns ohne Wenn und Aber ein.

64 Wir kämpfen für die Erfüllung des Potsdamer Abkommens der Siegermächte und Befreier  
65 vom 2. August 1945 heute: Denazifizierung durch Verbot der NPD, Abschaffung des  
66 Verfassungsschutzes und konsequente Aufklärung der Morde des NSU und in Hanau!  
67 Demilitarisierung durch konsequente Abrüstung, Rüstungsexporte stoppen und Diplomatie  
68 befördern statt Aufrüstung und Völkerhass. Demonopolisierung für die demokratische  
69 Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wie überhaupt die Demokratisierung aller  
70 gesellschaftlichen Bereiche zur solidarischen Teilhabe aller! Wir wirken insbesondere  
71 für die (Wieder-)Herstellung aller Grundrechte und die Ausweitung auf den  
72 Sozialbereich, inklusive der Wiederherstellung des Asylrechts.

73 DIE LINKE ruft zu antifaschistischen Aktivitäten und zur Beteiligung am Tag der  
74 Befreiung auf. Wir wirken auf allen Ebenen, außerparlamentarisch in breiten  
75 Bündnissen und parlamentarisch, dafür den 8. Mai zum Feiertag des Antifaschismus, des  
76 Friedens, der Völkerverständigung und des Lernens aus der Geschichte zu machen!

## **Begründung**

Der Landesparteitag der LINKEN Hamburg hat einen ähnlich lautenden Beschluss einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung gefasst und sich verstärkte antifaschistische Aktivitäten vorgenommen.

Am 8. Mai 2022 haben in Hamburg zahlreiche Veranstaltung stattgefunden, teils staatliche, teils von politischen Organisationen und Bündnissen: mit Festkundgebung ([www.8mai-hamburg.de](http://www.8mai-hamburg.de)) und Demonstrationen, über Lesungen und Workshops in den öffentlichen Bücherhallen bis zu Theateraufführungen und Ausstellungen. Auf Initiative der LINKEN sind in den Bezirksversammlungen (Kommunalparlamente) Hamburg-Nord, Wandsbek, Eimsbüttel, Altona, Hamburg-Mitte die Forderung für einen Feiertag bzw. Gedenktag am 8. Mai beschlossen worden. Die „Hamburger Morgenpost“ titelte im April 2022 bereits: „Macht den 8. Mai zum Feiertag“ und „8. Mai ein Feiertag: Lange überfällig“. Im Anschluss haben die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, GRÜNEN und CDU erklärt, dass der 8. Mai in Hamburg zum offiziellen Gedenktag wird – ein guter (Fort-)Schritt in Richtung Feiertag! Diese Aktivitäten sind Teil des bundesweiten Belebens vom 8. Mai als Tag der Befreiung. Wir schließen

uns damit auch dem Aufruf der VVN-BdA an: „Wir fordern: Der 8. Mai muss endlich Feiertag werden!“ (<https://vvn-bda.de/der-8-mai-muss-feiertag-werden/>). Wir brauchen diesen Feiertag bundesweit, um innezuhalten und über die Verwirklichung der uneingelösten Hoffnung gemeinsam nachzudenken. Das sind wir Esther schuldig, auf deren Initiative die Forderung nach einem Feiertag am 8. Mai zurückgeht, und allen anderen auch.

## **Antrag G07: Für ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld!**

**Antragsteller\*in:**

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE fordert, zuletzt in ihrem Bundestagswahlprogramm 2021, dass die
- 2 Entfernungspauschale für den Weg zum Arbeitsstätte durch ein Mobilitätsgeld ersetzt
- 3 wird. Diese soll pro Entfernungskilometer allen Beschäftigten unabhängig von ihrem
- 4 Einkommen den gleichen Geldbetrag erstatten. Das Mobilitätsgeld soll wie die
- 5 Entfernungspauschale unabhängig davon sein, ob der Weg zu Fuß, per Fahrrad, Motorrad,
- 6 Auto oder ÖPNV zurückgelegt wird. Für Beschäftigte mit geringen Einkommen, die keine
- 7 oder so wenig Einkommensteuer zahlen, dass eine Verrechnung mit der Einkommensteuer
- 8 nicht möglich ist, soll das Mobilitätsgeld als Zuschuss ausgezahlt werden. Eine
- 9 Umstellung der bisherigen Entfernungspauschale entspräche einem Mobilitätsgeld von 13
- 10 Cent pro Entfernungskilometer.
- 11 DIE LINKE wird diese Forderung, die auch von den Gewerkschaften erhoben wird,
- 12 deutlich stärker als bisher öffentlich vertreten. Die erhöhten Fahrtkosten aufgrund
- 13 stark gestiegener Preise für Kraftstoff sollten bevorzugt durch eine Erhöhung des
- 14 Mobilitätsgeldes ausgeglichen werden. Das wäre besonders für Beschäftigte mit
- 15 geringen und mittleren Einkommen wichtig.

### **Begründung**

Die Entfernungspauschale beträgt gegenwärtig 30 Cent pro Kilometer und Tag, an dem zur Arbeitsstätte gefahren wurde, die vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden. Ab dem 21. Kilometer sind es 35 Cent, ab 2022 voraussichtlich 38 Cent. Das entspricht bei höheren Einkommen einer Steuerersparnis von etwas über 13 Cent bis zum 20. und etwa 17 Cent ab dem 21. Entfernungskilometer. Bei 20 km und 200 Tagen im Jahr sind das etwas über 520 Euro. Beschäftigte mit mittleren Einkommen profitieren nur mit etwa 10 Cent bzw. 13 Cent. Beschäftigte mit geringeren Einkommen oder die ihren Arbeitnehmerpauschbetrag nicht ausgeschöpft haben, haben erheblich geringeren oder gar keinen Nutzen davon, wenn ihr zu versteuerndes Einkommen unter dem Grundfreibetrag liegt. Mit einem Mobilitätsgeld von einheitlich 13 Cent würden daher Beschäftigte mit mittleren und geringen Einkommen deutlich bessergestellt als bisher, im Extremfall bis zum vollen Betrag von 13 Cent, bei 20 km Entfernung und 200 Tagen im Jahr 520 Euro im Jahr. Beschäftigte mit hohem Einkommen würden geringfügig weniger bekommen, bei zugleich Entfernungen von weit über 20 km auch spürbar weniger. Die große Mehrheit der Beschäftigten mit niedrigen und mittleren Einkommen würden auch bei weiten Entfernungen mindestens etwa das Gleiche oder auch erheblich mehr als heute bekommen. Die Forderungen kann daher große Zustimmung gewinnen und DIE LINKE stärken, wenn sie deutlich und verständlich vorgetragen wird.

Das Mobilitätsgeld wäre und die Entfernungspauschale ist eine teilweise Erstattung von Aufwand dar, den Beschäftigte aufgrund notwendiger Wege zur Arbeit haben. Einige betrachten die Entfernungspauschale für Beschäftigte als „umweltschädliche Subvention“, zugespitzt als „Zersiedlungsprämie“, das ist aber irreführend. Bei Selbstständigen und Unternehmen können Aufwendungen für Fahrten ebenso erstattet werden, in vielen Fällen aber auch erheblich höher, wenn Kosten als Betriebsausgaben oder außergewöhnliche Belastungen oder wenn Dienstwagen

abgerechnet werden.

Die Beschäftigten können sich ganz überwiegend nicht aussuchen, einen Arbeitsplatz in unmittelbarer Nähe zum Wohnort anzunehmen. Oftmals sind sie durch Wohnungsmangel und für sie unbezahlbare Mieten gezwungen weite Wege zur Arbeit in Kauf zu nehmen und damit erhebliche Fahrtkosten und großen Zeitverlust, der die Lebensqualität erheblich mindert. Niemand wird um die Entfernungspauschale bzw. ein Mobilitätsgeld einzustreichen freiwillig einen weit vom Arbeitsplatz entfernten Wohnort wählen bzw. einen weit vom Wohnort entfernten Arbeitsplatz. Zudem ist es sehr unwahrscheinlich, wenn mehrere in einem Haushalt zusammenlebende Personen erwerbsarbeiten, dass die verschiedenen Arbeitsstätten eng zusammen nahe des Wohnorts liegen. Oft werden Erwerbslose sogar von der Arbeitsagentur verpflichtet, auch weiter entfernt liegende Arbeitsangebote anzunehmen.

Entfernungspauschale bzw. Mobilitätsgeld erstatten zudem insbesondere bei Autonutzung nur einen kleineren Teil der tatsächlich erheblich höher liegenden Kosten. Sie mindern lediglich in gewissem Maße die Nachteile langer Fahrtwege. Sie als schädlichen Anreiz zu betrachten, den man streichen müsse oder keinesfalls erhöhen dürfe, auch wenn die Kosten stark steigen, würde eine gegenüber den Lebenslagen von Beschäftigten und ihren Familien nicht akzeptable Gleichgültigkeit zeigen. Es ist zudem so, dass ein Anreiz besteht, kostengünstige umweltverträgliche Verkehrsmittel zu nutzen, für die Entfernungspauschale bzw. Mobilitätsgeld gleicher Höhe gelten, und auf unnötig teure und viel verbrauchende Fahrzeuge zu verzichten. Aus sozialen Gründen ist die Umstellung von der steuerlichen Entfernungspauschale auf ein Mobilitätsgeld geboten, um die Belastungen auch für Beschäftigte mit geringeren Einkommen, die besonders darauf angewiesen sind, zumindest in gleicher Höhe wie für Beschäftigten mit hohem Einkommen zu entschädigen. Für DIE LINKE sollte diese Forderung deshalb eine zentrale Stellung einnehmen um die Belastungen durch hohe Mobilitätskosten auszugleichen.

## **Antrag G08: DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution**

**Antragsteller\*in:**

AG Cuba sí

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Auch nach dem Antritt der Biden-Regierung hat sich an der Kuba-Politik der USA nichts
- 2 geändert. Selbst während der Corona-Pandemie wurde die durch den ehemaligen US-
- 3 Präsidenten Trump weiter verschärfte Blockade gegen Kuba unvermindert fortgeführt.
- 4 Somit wurde auch die Bekämpfung der Pandemie in Kuba erheblich erschwert. Diese
- 5 Politik, die darauf ausgerichtet ist, die Kubanische Revolution zu zerstören, kostet
- 6 Menschenleben. Vor diesem Hintergrund verurteilen wir die seit nunmehr über 60 Jahre
- 7 bestehende völkerrechtswidrige Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade der USA
- 8 gegen das sozialistische Kuba. Wir fordern, dass die Bundesregierung sich bei der US-
- 9 Regierung für die sofortige, vollständige und bedingungslose Beendigung dieses
- 10 Wirtschaftskrieges einsetzt. In Umsetzung des Beschlusses (2021/026 G.08) des
- 11 Bundesausschusses vom 27. August 2021, unternimmt die Fraktion DIE LINKE im Bundestag
- 12 konkrete Maßnahmen, um auch die von den exterritorialen Blockademaßnahmen der USA
- 13 betroffenen deutschen und europäischen Unternehmen gemäß der EU-Blocking-Regulation
- 14 von 1996 zu schützen.
- 15 Angesichts der Verschärfung der US-Blockade kommt dem „Abkommen über politischen
- 16 Dialog und Zusammenarbeit“ der Europäischen Union mit Kuba aus dem Jahr 2016 eine
- 17 besondere Bedeutung zu. Um dieses Abkommen wirkungsvoll umzusetzen und mit Leben zu
- 18 füllen, ist es erforderlich, dass alle Mitgliedsstaaten der EU das Abkommen
- 19 unterzeichnen. Litauen hat dies als einziger EU-Mitgliedstaat noch nicht getan. Wir

20 als LINKE weisen alle Versuche der rechten Kräfte im EU-Parlament zurück, dieses  
21 Abkommen in Frage zu stellen, und fordern unsere Abgeordneten im EU-Parlament auf,  
22 sich dem entschieden entgegenzustellen und sich für die vollständige Ratifizierung  
23 dieses Abkommens einzusetzen.

24 Trotz der US-Blockade hat Kuba die Corona-Pandemie besser überstanden als jedes  
25 andere Land Lateinamerikas. Dies war möglich durch die Entwicklung eigener Impfstoffe  
26 und durch ein staatliches, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtetes  
27 Gesundheitssystem. Kuba hat nicht nur seine eigene Bevölkerung geschützt, sondern  
28 auch weltweit internationalistische Hilfe geleistet. Besonders der Einsatz  
29 kubanischer Ärztinnen und Ärzte in Italien sowie die Kooperation zur Produktion  
30 kubanischer Impfstoffe in Italien sind beispielhaft. Wir fordern die Bundesregierung  
31 auf, sich für die Zulassung und Herstellung der kubanischen Vakzine in der gesamten  
32 EU einzusetzen sowie grundsätzlich eine Kooperation zwischen der EU und Kuba im  
33 Gesundheitsbereich zu ermöglichen.

34 Ungeachtet des weltweiten humanitären Engagements Kubas stuft die US-Regierung Kuba  
35 als Staat ein, der den Terrorismus unterstütze. Wir fordern von der Bundesregierung  
36 eine klare Abgrenzung von dieser Politik. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag wird  
37 dazu parlamentarische Initiativen entwickeln und einreichen.

38 Wir kritisieren die im Jahr 2020 getroffene Entscheidung des Bundesministeriums für  
39 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Einstellung der  
40 entwicklungspolitischen Kooperation mit Kuba und setzen uns für die Wiederaufnahme  
41 der bilateralen Zusammenarbeit mit Kuba ein.

42 DIE LINKE wird auf allen Ebenen die europaweite Kampagne Unblock Cuba aktiv  
43 unterstützen.

44 Der Parteivorstand führt gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí in der LINKEN  
45 zeitnah eine Kuba-Konferenz durch.

46 Zur weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen der Partei DIE LINKE und der  
47 Kommunistischen Partei Kubas unternehmen die Parteivorsitzenden bis spätestens Ende  
48 2023 eine Delegationsreise nach Kuba.

49 DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner  
50 Revolution.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **Antrag G09: Gegen Boykott von Öl- und Gaslieferungen aus Russland!**

<b>Antragsteller*in:</b>	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

1 DIE LINKE bekräftigt ihr Ziel, so schnell wie möglich die Nutzung fossiler  
2 Energieträger und die Freisetzung von Treibhausgasen zu beenden. Das von der EU-  
3 Kommission geforderte Embargo von russischem Öl und Gas lehnt DIE LINKE ab, weil dies  
4 den Krieg absehbar nicht behindern wird, aber mit massiven Schäden für die Umwelt und  
5 die Wirtschaft und erheblichen Kosten für die Menschen (nicht nur) in Deutschland  
6 verbunden wäre.

## Begründung

Fossile Energieträger sind so schnell wie vertretbar möglich durch regenerative zu ersetzen. Nach der Kohle betrifft das auch Mineralölprodukte, die vor allem als Treibstoffe und für Heizungen genutzt werden, und Naturgas, das vor allem in der Industrie und für Heizungen genutzt wird. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, wie dringlich der Umstieg auf regenerative Energieträger und die Beendigung einseitiger Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten ist. Solange jedoch noch Öl und Gas benötigt werden, ist es sinnvoll, bestehende Versorgungsstrukturen zu nutzen anstatt mit sehr hohen Kosten, Schwierigkeiten und Nachteilen andere Versorgungswege aufzubauen, die zudem auch dauerhaft teurer und ökologisch ungünstiger wären. Insbesondere ein kurzfristiger Ausstieg aus Gaslieferungen aus Russland wäre nur um den Preis massiver wirtschaftlicher und ökologischer Schäden, Arbeitsplatz- und Einkommensverluste sowie massiv höherer Preise auch für die Bevölkerung möglich. Ein Ausstieg aus Öllieferungen aus Russland würde vor allem Ostdeutschland mit den Raffinerien in Schwedt und Leuna massiv treffen. <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-abrupter-stopp-russischer-erdgaslieferungen-41118.htm>

Gleichzeitig ist es so, dass eine Beendigung der Energielieferungen nach Europa den Krieg Russlands zumindest auf absehbare Zeit nicht beeinträchtigen würde. Russland kann diesen Krieg mit eigenen Ressourcen und Finanzmitteln führen und hat zudem hinreichend Reserven und andere Abnehmer. Eine schnelle Beendigung des Krieges ist nur durch ernsthafte Verhandlungen möglich. Dabei könnte das Angebot der Aufhebung bestehender Sanktionen einen wichtigen Anreiz für Russland darstellen, den Krieg zu für die Ukraine akzeptablen Bedingungen zu beenden.

Ein Boykott von Öl- und Gaslieferungen würde Deutschland weitaus stärker schädigen als Russland. Auch längerfristig, nach Beendigung des Krieges, macht es keinen Sinn, auf Lieferungen aus Russland zu verzichten, solange Öl und Gas noch benötigt werden. Alternativen wie Flüssiggas aus Qatar und den USA oder anderen Ländern, vielfach wäre das das besonders umweltschädliche Frackinggas, für deren Nutzung zudem der Bau neuer Versorgungseinrichtungen und Wege erforderlich wären, sind ökologisch nachteiliger und weitaus teurer als die Lieferungen per Pipeline aus Russland. Die Sicherheit dieser Lieferungen ist gegeben, sie war es im Kalten Krieg und sie ist es auch jetzt und wäre es in Zukunft, wenn nicht der Westen selbst dies blockiert.

Grundsätzlich können wir nicht nur Handel treiben mit Ländern, deren politisches System oder deren internationale Politik unserer eigenen ähnlich sind. Dann ließe sich die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Vorprodukten ebenso wie die Exporte und damit das Wohlstandsniveau Deutschlands nicht annähernd aufrechterhalten. Es wäre auch moralisch und für Linke politisch nicht vertretbar, andere Länder und damit deren Bevölkerungen zu verarmen und ihre Entwicklung zu blockieren, weil deren innere Verhältnisse oder internationale Rolle im Widerspruch zu den Zielsetzungen der Politik westlicher Staaten stehen.

Den Verfechter:innen einer angeblich „werteorientierten Handelspolitik“ geht es in Wirklichkeit nicht darum, Handelsbeziehungen nach Kriterien von Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten, Ökologie oder Demokratie zu gestalten, oder nicht mehr mit Staaten zu handeln, die völkerrechtswidrige Kriege geführt haben. Dann dürfte auch zum Beispiel mit der Türkei, den USA, Indien, den arabischen Staaten, Brasilien und vielen anderen Ländern kein Handel mehr getrieben werden. Dann dürfte Kohle künftig auch nicht statt aus Russland verstärkt aus Kolumbien bezogen werden, das bezüglich der Arbeitnehmerrechte eines der schlimmsten Länder der Erde ist, wie auch die Türkei und Ägypten und Belarus, aber nicht Russland. [https://files.mutualcdn.com/ituc/files/ITUC\\_GlobalRightsIndex\\_Infographics\\_2021\\_10WorstCountries\\_horizontal\\_DE.png](https://files.mutualcdn.com/ituc/files/ITUC_GlobalRightsIndex_Infographics_2021_10WorstCountries_horizontal_DE.png)

Tatsächlich geht es darum, dass Staaten in ihrer Entwicklung behindert, geschwächt und geschädigt werden sollen, die sich nicht den Regeln und der Hegemonie des US-geführten Westens und seiner Konzerne unterwerfen wollen, sondern eigenständige Entwicklung und internationale Politik verfolgen, die im Widerspruch zu Interessen der USA stehen. Die EU ordnet sich dem weitgehend unter. Es geht um einen neuen Kalten Krieg, der mit Sanktionen, Handelspolitik, Außenpolitik und Propaganda und nötigenfalls auch militärisch ausgetragen wird. An einem langfristigen Wirtschaftskrieg der USA gegen

China, Russland, Venezuela, den Iran, Syrien und andere Staaten sollten sich Deutschland und die EU nicht beteiligen, es wäre auch zu ihrem Nachteil.

## Antrag G10: Solidarische linke Regionalpolitik durch Investitionslenkung

Antragsteller\*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag empfiehlt unseren aktiven Mandats- und Funktionsträgern auf
- 2 Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die folgenden Punkte als Orientierungslinien
- 3 bei Ihrer politischen Arbeit zu nutzen.
- 4 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Boden als Gemeingut, nicht als Ware
- 5 behandelt wird.
- 6 • DIE LINKE widersetzt sich dem Wettlauf der Kommunen und orientiert ihre
- 7 Regionalpolitik an den Grundlinien einer solidarischen, linken
- 8 Investitionslenkung, die Wirtschaftskreisläufe regional in Planungsverbänden
- 9 verzahnt, um Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Das Ziel ist immer, die Arbeit
- 10 zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zur Arbeit.
- 11 • DIE LINKE setzt sich im Rahmen eines Raumordnungsgesetzes für ein bilanziertes
- 12 Null-Flächen-Wachstum mit einer negativen Subventionierung für Ballungszentren
- 13 ein.
- 14 • DIE LINKE entwickelt eine aktive Regionalpolitik, die ein fühlbares Gegengewicht
- 15 gegen die Anziehungskraft der städtischen "Cluster" ist. Sie setzt auf effektive
- 16 Wachstumsbremsen für die überhitzten Metropolregionen statt auf kontraproduktive
- 17 Bauoffensiven.
- 18 • DIE LINKE will das Verkehrswachstum bremsen und Ressourcen von der
- 19 Verkehrsentwicklung in die Regionalentwicklung lenken. Hierzu setzt sie sich für
- 20 eine verbindliche Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge und einer
- 21 erweiterten, verbindlichen, demokratischen Mitsprache bei der
- 22 Regionalentwicklung ein.
- 23 • DIE LINKE setzt sich für eine solide Finanzierung aller Kommunen ein und
- 24 widersetzt sich der Konkurrenz um Gewerbesteuerereinnahmen und Firmenansiedlungen.
- 25 Die Gewerbesteuer ist nach Höhe und Abschreibungsfähigkeit so zu verändern, dass
- 26 sie mit der Beschäftigungsquote steigt und ein stärkerer Finanzausgleich
- 27 zwischen Boomzonen und ärmeren Regionen erfolgt.

### Begründung

Für einen erfolgreichen sozialökologischen Umbau benötigen wir eine andere Regionalpolitik. Im Wesentlichen gibt es für die unzureichende Bilanz der herkömmlichen Regionalpolitik drei Ursachen:

- vor allem die Marktconformität der Regionalpolitik und die verfehlte Konzeption einer wettbewerbsorientierten Kommunal- und Regionalpolitik.
- die staatliche Sparpolitik,
- den damit zusammenhängenden Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge.

Mit dieser Konzeption und diesem Denken werden Kommunen in den Wettlauf zur Gewinnung von Unternehmen gezwungen und die gesamte Kommunalpolitik deren Gewinninteressen untergeordnet.

Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster" aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zur Arbeit. Es muss also dort investiert werden, wo Menschen Arbeit brauchen. Statt kontraproduktive "Bauoffensiven" sind vielmehr effektive Wachstumsbremsen für überhitzte Metropolregionen und eine aktive Regionalpolitik notwendig.

Für eine alternative Regionalpolitik muss die kommunale Dumping-Konkurrenz durch die Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ersetzt werden, um in größeren Planungsverbänden definierte Standards zu gewährleisten und gemeinsame Entwicklungsziele umzusetzen.

Eine polyzentrische Siedlungsstruktur wird die ökologischen Belastungen minimieren. Notwendig ist es, das Verhältnis von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen auszubalancieren und Anreize für eine Stadt der kurzen Wege zwischen Wohnen und Arbeiten, Einkaufen und Freizeit zu schaffen.

### **Dazu braucht es Instrumente zur Investitionslenkung**

Notwendig ist eine "negative Subventionierung": Investitionen in Boomregionen müssen verteuert und begrenzt werden. Eine Investitionsbeschränkung und Verteuerung muss aber mit zwei Instrumenten arbeiten:

#### **1. Rechtlich**

Übergeordnete Rechtsnormen begrenzen schon heute die kommunale Selbstverwaltung. Hier wären z.B. Artikel 20a Grundgesetz zu nennen. Wir wollen eine straffere Anwendung übergeordneter Normen zur Sicherstellung einer nachhaltigen, intergenerationalen Bauleitplanung Seitens der Fachaufsicht (insb. § 1 Satz 5 und 7 des BauGB). Zudem muss insbesondere die Baunutzungsverordnung grundsätzlich neu formuliert werden, um widerstandsfähige, integrierte Siedlungsstrukturen herbeizuführen. Ausgehend von Forderungen der Agenda 21 vom Erdgipfel Rio 1992 regen wir an, vergleichbar mit dem Raumplanungsgesetz der Schweiz, ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum festzuschreiben. Insbesondere in Boom-Metropolen muss die Versiegelung unbebauter Böden mit ihren wichtigen Funktionen unterbunden, punktuell sogar Infrastruktur zurückgebaut werden. Das Ziel der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.

#### **2. Finanziell**

Die Gewerbesteuern für diese Boomzentren müssen erhöht und die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten (relativ) verschlechtert werden. Zusätzlich sollten die Gewerbesteuern nach raumordnerischen Zielen und Entwicklungsnotwendigkeiten gestaffelt werden. Die Höhe der Gewerbesteuer spielt eine Rolle bei Standort- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Zwar existieren derzeit bereits unterschiedliche Steuersätze, aber diese Unterschiede sind offensichtlich zu gering, um eine Lenkungswirkung zu entfalten und sie orientieren sich ohnehin nicht am regionalpolitischen Ausgleich (Kommunale Selbstverwaltung).

Im Prinzip würde also gelten: Die Steuersätze werden systematisch an die Arbeitslosenquote, eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Alternativ könnte ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich geschaffen werden.

Es liegt nahe, dass die kommunale Energiewirtschaft, die Stadtwerke, die flächendeckend vor Ort arbeitenden Energiefachleute, den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden müssen, nicht die Großkonzerne mit ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden Großkraftwerken. Und um diese Kerne der Energiewirtschaft herum können sich neue, regionale Produktionsnetze bilden.

Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und Förderung eines sozialen/ kulturellen Umfelds muss das Spardiktat beseitigt werden. Aufsetzend darauf werden dann verpflichtende Standards entwickelt: Öffentliche Leistungen wie der Zugang zu Bildung und Schulen, die Versorgung mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr müssen verbindlich und rechtlich zwingend zur Verfügung gestellt werden. Zuständig dafür sind die staatlichen und kommunalen Körperschaften.

Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehängten Regionen und für Genossenschaften verwendet werden.

Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.



Verbesserungen für eine lokale und regionale Struktur- und Investitionspolitik werden sich auch nur erreichen lassen, wenn das restriktive Regelwerk und mit ihm das EU-Wettbewerbsrecht vollständig fällt. Erreichen lässt sich das aber nur, wenn das gesamte EU-Vertragssystem abgeschafft wird und es zu einem Neustart der EU kommt, der die Türen öffnet für eine demokratische und sozial-ökologische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Eine umfangreichere Darlegung der hier angerissenen Problematik findet ihr auf unserer Internetseite: <https://www.oekologische-plattform.de/2022/05/grundlinien-einer-solidarischen-linken-regionalpolitik-durch-investitionslenkung/> oder in kurz: <https://bit.ly/3wj8hEg>

Dieses Papier ist eine Weiterentwicklung eines Beschlusses des Landesparteitags Baden-Württemberg vom Dezember 2020. Es wurde vom Ko-Rat der Ökologischen Plattform am 7.5.22 beschlossen. Basis dieses Antrags ist neben der dortigen Debatte das Buch „BOOMSTÄDTE und Schrumpfreionen - Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der Regionalpolitik in der Eurozone“, Roland Charles Pauli in: isw Report Nr. 120, München 2020 .

## Antrag G11: Friedenspolitische Grundsätze verteidigen

Antragsteller\*in: OV Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Bundesparteitag DIE LINKE spricht sich gegen alle Versuche von Politiker:innen
- 2 der Partei DIE LINKE aus, die friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Programms
- 3 zu relativieren, weil diese angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine
- 4 angeblich nicht mehr zeitgemäß seien.
- 5 Wir brauchen in unserer Partei keine Debatte für mehr Aufrüstung, konsequente
- 6 Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen auch nicht unser Verhältnis zur NATO
- 7 neu überdenken. Es bleibt dabei: „wir fordern die Auflösung der NATO....den Austritt
- 8 aus den militärischen Strukturen des Militärbündnis ...striktes Verbot von
- 9 Rüstungsexporten. Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Alle
- 10 ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden“ (Erfurter
- 11 Programm)

## Antrag G12: Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln beenden!

Antragsteller\*in: Wolfgang Rothe (KV Marburg-Biedenkopf)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln beenden!**
- 2 • Lebensmittelrechtliche Bedingungen entsprechend verändern!
- 3 Der Parteitag fordert die Bundestagsfraktion auf wie folgt tätig zu werden:
- 4 Erarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Änderung bestimmter Bestimmungen des
- 5 Lebensmittelrechts.
- 6 • Lebensmittel dürfen nicht mehr mit Ablauf des MHD entsorgt werden. Der
- 7 Einzelhandel wird gesetzlich verpflichtet sie gemeinnützigen Zwecken zuzuführen
- 8 oder sie nach dem Ablauf des MHD für 30 Prozent zu verkaufen. Nur wirklich nicht
- 9 mehr verzehrfähige - was beim MHD selten der Fall ist - Lebensmittel dürfen
- 10 entsorgt werden.
- 11 • Gesetzliche Regelungen, die die massive Überproduktion in der Landwirtschaft

- 12 fördern müssen überprüft werden. Wer weniger produziert und wegwirft,  
13 verschwendet weniger Ressourcen, was auch zum Klimaschutz beiträgt.
- 14 • die Versorgung der Tafeln muss durch verpflichtende gesetzliche Bestimmungen zur  
15 Abgabe der Lebensmittel an die Tafeln gesichert werden. Der Großteil der  
16 Lebensmittel im Einzelhandel wird nach Ablauf des MHD entsorgt und nicht an die  
17 Tafeln gegeben.
- 18 • Containern muss erlaubt sein bzw. darf nicht mehr verfolgt werden.

## **Begründung**

Statt der offiziell ausgewiesenen Inflationsrate von 7,4 Prozent für den April 2022 hat man beim Einkauf vieler Lebensmittel eher den Eindruck, dass sie um 30 Prozent bis 60 Prozent teurer sind. Wobei man Speiseöl außen vor lassen muss, um nicht von um 500 Prozent höheren Preisen sprechen zu müssen.

Den Tafeln gehen die Lebensmittel aus. Aber im gutgehenden Einzelhandel werden wöchentlich Lebensmittel für tausende Euro im Müll entsorgt, weil es zu teuer sprich zu personal- und organisationsintensiv ist sie an die Tafeln weiterzugeben. Außerdem fehlen meist die Räumlichkeiten solche Lebensmittel bis zur Übergabe zu lagern. Hier helfen nur strenge gesetzliche Vorschriften. Manche behaupten aus Imagegründen die Tafeln zu unterstützen, aber die Realität siehe anders aus.

Die ungeheure Verschwendung von Lebensmitteln sprich Entsorgung nutzt nur Großproduzenten sowie Groß- und Einzelhandel. Sie ist teuer und unökologisch. Ca. 75 Prozent der auf Feldern und in Ställen erzeugten Lebensmittel landet im Müll. Auf den Feldern werden nicht der Norm der Handelsklasse entsprechende Früchte bestenfalls untergepflügt. In der Tierproduktion haben die oft grausamen Zustände ähnliche Folgen. Nicht verkaufte Ware wird schon im Großhandel entsorgt, entsprechend wird in der Gastronomie und im Einzelhandel vorgegangen. Zuletzt kauft der Endverbraucher oft zu viel und unterliegt dem Frischewahn, wodurch noch gute Lebensmittel zu schnell in die Tonne wandern.

Das bisherige MHD fördert die Verschwendung wesentlich, denn es könnte ja danach ... Diese Regelung muss durch vernünftige Regeln ersetzt werden.

Das gesetzlich gewollte System der Verschwendung und Überproduktion muss dringend durchgreifend verändert werden! An ihm verdienen nur die Konzerne, während Verbraucher das Nachsehen haben!

Natürlich ist es richtiger, Löhne und Einkommen zu fordern, von denen die Menschen leben können. Aber bis das der Fall ist, muss wenigstens diese Notversorgung gesichert sein.

# Antrag P01: Kommission zur Reform der Partei- und Entscheidungsstrukturen

Antragsteller\*in:

Geschäftsführender Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag beruft eine Kommission zur Reform der Partei- und
- 2 Entscheidungsstrukturen ein. Die Kommission erarbeitet bis zum Parteitag 2023
- 3 entscheidungsfähige Vorschläge. Dabei sollen u.a. geprüft werden:
- 4 • Eine Verkleinerung des Parteivorstands
- 5 • Eine Weiterentwicklung des Bundesausschusses zu einem Gremium, das die
- 6 Grundlinien der Politik zwischen den Parteitagern diskutiert und festlegt und
- 7 Entscheidungsträger\*innen wie Landes- und Fraktionsvorsitzende, Vertreter\*innen
- 8 der Partei in Regierungen und die Zusammenschlüsse umfasst.
- 9 • Die Aufgabenbeschreibung und -teilung zwischen Parteivorstand und
- 10 Bundesausschuss ist entsprechend zu überarbeiten.
- 11 Die Kommission besteht aus dem/der Bundesgeschäftsführer\*in sowie drei weiteren
- 12 Mitgliedern des Parteivorstandes, vier Vertreter\*innen aus Landesvorständen und zwei
- 13 Vertreter\*innen der Zusammenschlüsse.

## Begründung

Die Größe des derzeitigen Parteivorstandes von 44 Mitgliedern ist das Produkt der Fusion von PDS und WASG, als es zwei Vorstände à 22 Mitglieder gab. Damit ist er einerseits so groß, dass Verantwortung innerhalb des Gremiums diffundiert und die Verbindlichkeit sinkt. Diskussions- und Entscheidungsprozesse von 44 Personen dauern naturgemäß sehr viel länger als bei einem kleineren Gremium. Der Parteivorstand muss viele operative Entscheidungen, dies wird durch die Größe des Gremiums erschwert.

Neben Parteivorstand und Bundesausschuss finden Beratungen des Geschäftsführenden Parteivorstandes mit den Landesvorsitzenden statt. Zudem findet regelmäßig die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden statt. Darüber hinaus gibt es eine Abstimmungsrunde der Regierungsländer. Diese erfüllt die wichtige Aufgabe der Koordinierung im Vorfeld von Bundesratssitzungen, eine Einbeziehung und Diskussion von Aktivitäten und Initiativen der LINKEN in Regierungen in unsere generelle Politik findet jedoch nur ungenügend und sporadisch statt.

All diese Abstimmungsrunden haben eine wichtige Funktion. Sie finden jedoch in der Satzung keine Entsprechung. Ziel einer Reform unserer Parteistruktur sollte die Bündelung von Entscheidungsstrukturen und damit eine Erhöhung unserer politischen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sein. In der Vergangenheit gab es mehrmals Bedarf nach einem Gremium mit hoher Legitimität, das zwischen den Parteitagern wichtige Grundlinien – jenseits des operativen Politikgeschäfts – diskutiert und entscheidet. Dem bisherigen Bundesausschuss kommt diese Funktion in der aktuellen Satzung nicht zu.

## Antrag P02: Erneuerung des Grundsatzprogramms

Antragsteller\*in:

KV Meißen, OV Werne, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand wird damit beauftragt einen Prozess zur Überarbeitung des

- 2 Grundsatzprogrammes anzustoßen. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden als ein neues
- 3 Grundsatzprogramm auf einem Parteitag zur Abstimmung gestellt und bei Annahme der
- 4 gesamten Mitgliedschaft zur Bestätigung vorgelegt. Der Prozess soll bis zur nächsten
- 5 Bundestagswahl abgeschlossen sein. Der Prozess muss unter intensiver Einbeziehung der
- 6 Parteibasis erfolgen. Eine digitale Teilhabe muss gewährleistet werden.

## **Begründung**

Spätestens seit der vergangenen Bundestagswahl scheint innerparteilich ein Konsens darüber zu bestehen, dass eine inhaltliche Erneuerung der Partei notwendig ist. Auch wir sind dieser Auffassung und denken, dass nur eine breite Debatte, an der Parteibasis, über unser Grundsatzprogramm diese Erneuerung bewirken kann. Dies ist nicht zwangsläufig als Kritik am bisherigen Grundsatzprogramm zu verstehen, sondern wir sehen in einem derartigen radikalen Prozess auch die Chance innerparteiliche inhaltliche Einigkeit zu erringen und in der Folge einen neu geschaffenen Konsens auch nach Außen zu vertreten.

## **Antrag P03: Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms**

**Antragsteller\*in:**

OV Prenzlauer Berg West, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die kontroversen Debatten der letzten Jahre in der Partei zur Migrations- und
- 2 Integrationspolitik, zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur Europapolitik, zum
- 3 sozial-ökologischen Umbau und zur Bewältigung der Klimakrise, zur universalen
- 4 Gültigkeit der politischen und sozialen Menschenrechte sowie zur Feminismus- und
- 5 Gleichstellungspolitik haben deutlich gemacht, dass das Erfurter Programm insgesamt
- 6 weiterentwickelt werden muss, um in den aktuellen Auseinandersetzungen zeitgemäße
- 7 Antworten für die Politik der Partei geben zu können.
- 8 Der mit dem Bundesparteitag eingeleitete Prozess zur Überarbeitung programmatischer
- 9 Positionen darf daher nicht als abgeschlossen gelten. Vielmehr muss er mit Blick auf
- 10 die Europawahlen 2024 und die Bundestagswahlen 2025 systematisch geplant und
- 11 vorangetrieben werden.
- 12 Der Parteivorstand wird daher beauftragt, einen solchen Prozess zur Weiterentwicklung
- 13 des Parteiprogramms einzuleiten und ihn mindestens in den genannten Feldern
- 14 systematisch zu organisieren und voranzutreiben. Weitere Themen sind zu prüfen.
- 15 Es sind alle Möglichkeiten der Beteiligung der Mitglieder zu prüfen und zu
- 16 praktizieren.
- 17 Diese Debatte programmatischer Positionen sollte organisierte Dialoge mit Verbänden
- 18 und Organisationen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, NGOs und
- 19 Gewerkschaften einschließen.

## **Begründung**

Das Erfurter Grundsatzprogramm ist mittlerweile über 10 Jahre alt. Die Welt hat sich seitdem in einer atemberaubenden Geschwindigkeit verändert. Es bedarf dringend einer Überarbeitung, um es an neue gesellschaftliche Herausforderungen anzupassen.

Mit der Überarbeitung des Grundsatzprogramms ist auch eine Debatte zur strategischen Ausrichtung der Partei verbunden. Im Rahmen des Grundsatzprogramms muss auch geklärt werden, wie die Partei ihre Rolle und Aufgabe in der Gesellschaft sieht.

Eine Reform des Grundsatzprogrammes soll weder den Fokus der Partei jahrelang nach innen richten noch wird sie alle Probleme der Partei lösen. Aus unserer Sicht ist aber das Programm in Teilen nicht

mehr auf der Höhe der Zeit. Zugleich müssen wir den Menschen erklären, was wir uns konkret unter linker Politik vorstellen und welche linken Antworten unsere Partei auf die gesellschaftlichen Herausforderungen hat, damit DIE LINKE wieder als eine wählbare Alternative zur aktuellen Politik der anderen Parteien wahrgenommen wird.

Die Programmdebatte sollte möglichst partizipativ und transparent ablaufen. Eine Idee wäre, sich einen festen Zeitraum für die Diskussion zur Überarbeitung einzelner Kapitel zu geben und Zwischenergebnisse zu veröffentlichen und zu diskutieren. Neben den altbekannten Basiskonferenzen, an denen sicherlich nicht alle Mitglieder teilnehmen können, sollten Online-Dialogformate und eine parteiinterne kollaborative Plattform zur Diskussion und zum Einreichen von Vorschlägen eingerichtet werden. Dazu gehört auch eine geeignete Beteiligung von Basismitgliedern an dem Redaktionsprozess im Karl-Liebknecht-Haus.

## **Antrag P04: Urwahl der Parteivorsitzenden**

**Antragsteller\*in:** KV Meißen, OV Werne, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die beiden Parteivorsitzenden sollen in Zukunft immer in Form einer (ggf.
- 2 empfehlendem) Urwahl von allen Parteimitgliedern gewählt werden. Der Parteivorstand
- 3 wird beauftragt die gegebenenfalls notwendigen Satzungsänderungen auszuarbeiten und
- 4 dem Parteitag so schnell wie möglich zur Abstimmung vorzulegen.

### **Begründung**

Eine Urwahl der Vorsitzenden durch alle Mitglieder entspricht unserem Selbstbild als emanzipatorische Partei. Von einer solch breiten Wahl profitieren alle - die zukünftigen Parteivorsitzenden sind in ihrer Rolle und ihrer Vertretung stärker legitimiert. Gleichzeitig sorgt der für eine Urwahl notwendige Prozess für einen stärkeren Austausch der Kandidierenden mit mehr Mitgliedern. Wir sehen hierin auch eine Chance durch einen intensiveren Dialog zu einer stärkeren Einigkeit nach Innen und nach Außen zu gelangen.

## **Antrag P05: Mandatszeitsbegrenzungen**

**Antragsteller\*in:** KV Meißen, OV Werne, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird zum nächsten Parteitag einen
- 2 Antrag ausarbeiten, der eine Mandatszeitbegrenzung von Bundestagsabgeordneten auf 2,
- 3 oder maximal 3 Legislaturen vorgibt. Des Weiteren soll der Parteivorstand einen
- 4 Vorschlag zur Regelung einer Mandatszeitbegrenzung auf Landes- sowie Europa-Ebene
- 5 erarbeiten.

### **Begründung**

Wenn sich unsere Partei erneuern will, um linke Antworten auf die sich wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen zu finden, dann ist eine stetige personelle Weiterentwicklung dringend notwendig. Außerdem führen unbegrenzte Mandatszeiten zu verfestigten Machtstrukturen, die in der Folge Machtmissbrauch begünstigen. Dies gilt es zu unterbinden.

## **Antrag P06: Migration und Integration als soziale und demokratische Frage – offene Grenzen für Menschen in Not!**

**Antragsteller\*in:** KV Ludwigshafen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Im Parteiprogramm (Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23.
- 2 Oktober 2011 in Erfurt) wird in Kapitel 4.2 im Abschnitt "Migration und Integration
- 3 als soziale und demokratische Frage – offene Grenzen für Menschen in Not!" nach den
- 4 Sätzen "DIE LINKE richtet ihre Flüchtlingspolitik nach Humanität und Menschenrechten,
- 5 so dass der Schutz von Menschen in Not im Vordergrund steht und nicht
- 6 ordnungspolitische oder ökonomische Überlegungen. Deshalb setzt sich DIE LINKE für
- 7 die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX ein, die das wichtigste
- 8 Abschottungsinstrument der EU darstellt." hinzugefügt:
- 9 "DIE LINKE fordert eine Gleichbehandlung von Geflüchteten aus verschiedenen Ländern
- 10 und lehnt eine Benachteiligung von Geflüchteten aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe,
- 11 Religion, Geschlecht, Alter, Weltanschauung, ethnischen Herkunft oder sexuellen
- 12 Orientierung und Identität ab. Es müssen gleiche Rechte und gleiche Pflichten für
- 13 alle Geflüchteten in Deutschland gelten."

### **Begründung**

Wir finden die Benachteiligung von Geflüchteten aus Nicht-EU-Ländern rassistisch und haben daher die letzten zwei Sätze hinzugefügt.

## **Antrag P07: Die neuen Vorsitzenden durch einen Mitgliederentscheid legitimieren**

**Antragsteller\*in:** KV Meißen, KV Breisgau-Hochschwarzwald, SV Chemnitz, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 I. Die beiden zukünftigen Parteivorsitzenden werden auf diesem Parteitag nicht
- 2 gewählt. Die Besetzung des Parteivorsitzes wird in einer zweistufigen
- 3 Mitgliederbefragung durch die Mitglieder entschieden und auf dem folgenden Parteitag
- 4 bestätigt.
- 5 II. Der Parteitag beschließt diesbezüglich den folgenden Ablauf und die folgenden
- 6 Regularien:
- 7 1. Juli bis 1. September 2022: Bewerbungsphase. Die Kandidierenden stellen sich in
- 8 Zweiertteams zur Wahl auf.
- 9 16. September 2022: Stichtag bis zu dem Parteimitgliedschaft erlangt werden muss, um
- 10 an den Mitgliederbefragungen teilnehmen zu können
- 11 2. September bis 2. November 2022: Vorstellung der Kandidierenden auf
- 12 Regionalkonferenzen
- 13 3. November bis 17. November 2022: Erste Mitgliederbefragung
- 14 20. November 2022: Veröffentlichung des Ergebnisses der ersten Mitgliederbefragung

- 15 1. Dezember bis 15. Dezember 2022 : Zweite Mitgliederbefragung als Stichwahl zwischen  
16 dem in der vorangegangenen Befragung erst- und zweitplazierten Team.
- 17 18. Dezember 2022: Veröffentlichung des Ergebnisses der zweiten Mitgliederbefragung  
18 Januar 2023: Bundesparteitag mit formeller Wahl der Parteivorsitzenden.
- 19 III. Der Parteitag beschließt die Verschiebung des Mitgliederentscheides zum  
20 bedingungslosen Grundeinkommen auf den Zeitraum der ersten Mitgliederbefragung zum  
21 Parteivorsitz.
- 22 IV. Bis zur formellen Bestätigung der neuen Parteivorsitzenden wird die Partei  
23 kollektiv von den stellvertretenden Parteivorsitzenden und den Mitgliedern des  
24 Parteivorstandes geleitet.

## Begründung

DIE LINKE braucht eine starke, repräsentative Führungsspitze, welche im Angesicht gesellschaftlicher Herausforderungen richtungsweisende Entscheidungen treffen kann und unsere Beschlüsse glaubwürdig vertritt. Von einer Mitgliederbefragung geht die größtmögliche Legitimation für unsere zu wählenden Vorsitzenden aus. Der Vorgang einer direkten Wahl der Vorsitzenden ist ein zutiefst demokratischer und damit in unserer politischen DNA verwurzelt. Die Kandidatur in selbstgewählten Zweierteams stellt sicher, dass sich Proporz- und Strömungsdanken nicht auf Kosten von Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in der Zusammensetzung der Parteispitze niederschlagen. Die im Zeitplan großzügig bemessene Vorstellungsphase gibt allen Kandidierenden die Möglichkeit ihre Pläne für eine zukunftsfeste LINKE darzustellen und bietet den Mitgliedern die Möglichkeit sich mit diesen zu befassen. Am Ende des Prozesses werden zwei Parteivorsitzende stehen, an deren Einsetzung die Partei gemeinsam und als Ganzes beteiligt war.

Das ist ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg der weiteren Demokratisierung unserer Strukturen und der Beteiligung unserer Mitglieder.

Die Zusammenlegung der ersten Mitgliederbefragung mit dem Mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundeinkommen soll ausschließlich aus logistischen Gründen erfolgen.

## Antrag P08: Nominierung der Fraktionsspitze durch den Parteitag

Antragsteller\*in:

linksjugend [!solid], Delegation DIE LINKE.SDS

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Bundesparteitag gibt auf seiner nächsten Tagung ein Votum dafür ab, wer die
- 2 Bundestagsfraktion in Zukunft als Fraktionsvorsitzende repräsentieren soll.
- 3 Dafür soll ein reguläres, geheimes Wahlverfahren stattfinden, bei dem sich
- 4 Abgeordnete der Linksfraktion im Deutschen Bundestag zur Wahl stellen können.
- 5 Nominiert werden zwei Vorsitzende unter Berücksichtigung der Geschlechterquotierung.
- 6 Dieser Prozess sollte als Aufgabe des Bundesparteitages institutionalisiert werden,
- 7 angepasst an den Wahlrhythmus der Fraktion.
- 8 Die Bundestagsfraktion muss mit ihren prominenten Vertreter\*innen klar und deutlich
- 9 die Politik unserer Partei repräsentieren. Sie muss mehr als eine Ansammlung von
- 10 Einzelinteressen sein. Ihre Arbeit muss in die generelle Strategie und Erzählung der
- 11 Partei eingebettet sein. Dafür muss sie im engen Austausch mit dem Parteivorstand
- 12 stehen.

## Begründung

Es wäre grundsätzlich sinnvoll die Fraktionsspitze demokratisch durch die Partei zu legitimieren, da diese Personen nicht nur die Fraktion, sondern auch die ganze gesamte Partei gegenüber der breiten Öffentlichkeit prominent repräsentieren.

Im Parlamentarismus ist es parteiübergreifend üblich, dass Fraktionen sich mit einem Eigenleben verselbständigen. Als sozialistische Partei sollten wir einen anderen Anspruch haben.

## Antrag P09: Start einer Kampagne „Inklusion - geht mich nichts an!?“

Antragsteller\*in:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Ausgehend von einem weiten Inklusionsverständnis startet die Partei eine zunächst
- 2 interne Kampagne zur Fragestellung „Inklusion - geht mich nichts an!“. Ziel dieser
- 3 Kampagne ist die weitere Aufklärung und stärkere Sensibilisierung der Mitglieder
- 4 unserer Partei und darüber hinaus für das Thema Inklusion in Form von
- 5 Videobotschaften und anderen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen. Dabei soll das
- 6 Verbindende, die gemeinsamen Schnittpunkte all derjenigen aufgezeigt werden, die von
- 7 Teilhabe ausgeschlossen werden. Und es soll verdeutlicht werden, dass
- 8 Barrierefreiheit allen Menschen nutzt.
- 9 Zur Umsetzung dieses Ziels wird eine beim Parteivorstand angesiedelte Arbeitsgruppe
- 10 von etwa acht bis zehn Genoss:innen gebildet, bestehend aus Mitgliedern der AG
- 11 Teilhabe, der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, weiterer
- 12 Bundesarbeitsgemeinschaften und am Thema Interessierter sowie des Bundesausschusses.
- 13 Die Arbeitsgruppe organisiert und koordiniert diese Kampagne und erarbeitet einen
- 14 Kampagnenplan mit konkreten Aktivitäten, einer Zeitschiene und Verantwortlichkeiten.
- 15 Sie verknüpft das Thema Inklusion mit anderen Themenkomplexen (Frieden, Rassismus,
- 16 ÖPNV, Wohnen, Gesundheit und Pflege, Bildung, Senioren- und Queerpolitik usw.) und
- 17 arbeitet dafür eng mit den Bundesarbeitsgemeinschaften und anderen Gremien zusammen.
- 18 Bezüglich der finanziellen Ausgestaltung dieser Kampagne verständigt sich die
- 19 Arbeitsgruppe nach Fertigstellung des Kampagnenplans mit dem Parteivorstand und dem
- 20 Bundesschatzmeister und führt eine Einigung herbei.

## Begründung

Inklusion ist für uns als LINKE der Gegenentwurf zu sozialer Spaltung; zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung, ein tiefgreifender Prozess zum Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten und Barrieren, der sich auf all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen werden - aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechtes, aufgrund von Armut, ihrer körperlichen Verfassung, ihres Alters, besonderer Lernbedürfnisse oder anderer Merkmale.

Wir wollen das Thema Inklusion stärker als bisher in den Fokus unserer Partei rücken und dafür nutzen, an der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft Kritik zu üben, Alternativen für mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aufzuzeigen und konkrete Vorschläge für eine aktive politische Mitgestaltung aller Menschen abzuleiten.



# Antrag P10: Konsequenzen aus dem Bundestags-Wahlergebnis ziehen - jetzt umsteuern!

Antragsteller\*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 Das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ist für die Partei DIE LINKE katastrophal. Das  
2 Profil der Partei ist in den vergangenen Jahren zunehmend unscharf geworden. Für eine  
3 starke LINKE ist es nötig, dass die Partei ihr Profil klärt und stets deutlich macht,  
4 dass sie eine konsequente Interessenvertretung der Arbeitenden und der sozial  
5 Benachteiligten und ihrer Familien ist. Dazu gehören selbstverständlich Menschen  
6 jeglichen Geschlechts und sexueller Orientierung und in zunehmendem Maße Menschen mit  
7 Migrationsgeschichte.

## 8 **Profil und Arbeitsweise der Partei DIE LINKE erneuern**

9 Zunehmend erscheint DIE LINKE vielen als eine politische Kraft, die vor allem  
10 Anliegen kleiner linker und Bewegungs-Milieus in größeren Städten und dabei  
11 einseitige und/oder überzogene Positionen vertritt. Eine Verankerung in den  
12 Lebenswelten der „einfachen Leute“, der Berufstätigen und Familien, der „Normalos“,  
13 die hauptsächlich andere Probleme und Aktivitäten haben als politische im engeren  
14 Sinne, gibt es immer weniger. Das entspricht in diesen Städten in zunehmendem Maße  
15 auch der Zusammensetzung und den Prioritäten der Aktiven. Viele v.a. der in den  
16 letzten Jahren neu hinzugekommenen Mitglieder und Aktiven kommen aus studentischen  
17 oder "Szene"-Milieus und haben wenig Bezug zu Alltagsproblemen von breiten Schichten  
18 der Bevölkerung.

19 Notwendig ist eine sozialistische Massenpartei, die in der arbeitenden Klasse, den  
20 breiten Schichten des Volkes, in Stadt und Land, bei Jung und Alt, bei allen  
21 Geschlechtern, bei Einheimischen wie Eingewanderten verankert ist. Um diesem Ziel  
22 näher zu kommen, muss DIE LINKE verbindend und vereinheitlichend wirken - über  
23 kulturelle und Differenzen in einzelnen politischen Haltungen hinweg. Wirklich  
24 verbindende Klassenpolitik bedeutet die Betonung der gemeinsamen Interessen im Sinne  
25 der Solidarität und gleichen Rechte und Chancen aller hier lebenden Menschen, der  
26 ökologischen Nachhaltigkeit, des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Es  
27 geht um gemeinsame Politik und Machtzuwachs für die Entrechteten, gegen die  
28 alltäglichen Zumutungen und die Politik des Kapitals und der Superreichen, gegen  
29 Rassismus, Sexismus, Wohnungsnot, Kriminalität und Gewalt. Das unterschiedslose  
30 Aufeinandertürmen von Maximalforderungen aus allen Einzelgruppen und Bewegungen  
31 verbunden mit der Anforderung, alle müssten immer alle diese Positionen vertreten und  
32 wer dies nicht tut, darf nicht dabei sein, erschwert die Bildung breiter Bündnisse,  
33 starker Bewegungen und einer erfolgreichen LINKEN.

34 DIE LINKE darf sich und erst recht ihre Wähler:innenschaft nicht auf aktivistische  
35 und radikale Kerne verengen, sondern muss möglichst viele „normale“ Menschen  
36 ansprechen und für Unterstützung und Mitarbeit gewinnen. Dazu braucht es auch  
37 populäre Persönlichkeiten, die in Talkshows ein Millionenpublikum erreichen und eine  
38 konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte in unserer Partei.

39 DIE LINKE muss eine Partei sein, in der auch Menschen aktiv sein und Funktionen und  
40 Mandate übernehmen können, deren Leben nicht primär aus politischer Aktivität  
41 besteht, sondern für die Arbeit, Familie oder auch andere Tätigkeiten wichtiger sind.  
42 Sie braucht eine Verankerung in und Verbindung zu all den Bereichen, in denen die  
43 Menschen tätig sind: Betriebe, Bildungseinrichtungen, Initiativen und Bewegungen,  
44 Verbänden, örtlichen Vereinen usw. Sie muss eine Parteikultur entwickeln, die neben

45 inhaltlichen Debatten und „Sitzungssozialismus“ Aktionen durchführt, an denen sich  
46 viele beteiligen können und die auch Möglichkeiten für Geselligkeit bietet. In dieser  
47 Partei mitzuwirken soll Freude an der freien Entwicklung aller bedeuten und einen  
48 klaren Gebrauchswert haben.

49 Um mehr Erwerbstätige als Mitglieder zu gewinnen, muss außerdem die Beitragstabelle  
50 überarbeitet bzw. die Mitgliedsbeiträge für Gering- und Normalverdiener gesenkt  
51 werden.

52 Auseinandersetzungen zwischen Personen und Parteiflügeln um den richtigen Kurs gibt  
53 es in nahezu jeder Partei. Doch diese müssen auf eine Weise geführt werden, die nicht  
54 ausgrenzt und spaltet und die auf persönliche Angriffe und Diffamierungen verzichtet.  
55 Wir setzen uns dafür ein, hier einen Neuanfang zu starten und ungeachtet politischer  
56 Differenzen in einzelnen Punkten respektvoll und konstruktiv zusammenzuarbeiten und  
57 dies vor allem auch öffentlich zu demonstrieren.

58 Parteitage sollten daher nicht von Mandatsträger:innen und bezahlten  
59 Mitarbeiter:innen aus Partei, Fraktion oder Stiftung dominiert werden, wenn sich  
60 kollektive Vernunft durchsetzen soll - hier wie bei der Besetzung von Vorständen -  
61 muss über eine Quotierung zugunsten der ehrenamtlich tätigen Mitglieder nachgedacht  
62 werden.

### 63 **Opposition gegen die Ampelkoalition, gegen Krieg und gegen Kapitalismus**

64 Die Parteien der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP verfolgen ein gemeinsames  
65 Projekt einer öko-kapitalistischen und nur halbwegs sozial abgefederten  
66 Modernisierung. Verbunden wird es mit politischer Formierung und Verengung des als  
67 legitim berücksichtigten Meinungsspektrums insbesondere in der Außenpolitik. Für DIE  
68 LINKE ist bei diesem Projekt kein Platz, sie wird nicht gewollt. Und sie darf da auch  
69 nicht mitmachen (wollen), sondern muss dagegen auf ihren sozialen und politischen  
70 Ansprüchen beharren und Druck von unten organisieren. Die Position und Aufgabe der  
71 LINKEN ist daher notwendigerweise auf Bundesebene auf absehbare Zeit, aller  
72 Voraussicht nach über die laufende Legislaturperiode erheblich hinaus, in der  
73 Opposition. Diese Rolle muss sie bewusst und offensiv annehmen und entsprechend  
74 agieren, im Bundestag und als Partei in der Gesellschaft.

75 DIE LINKE muss die Chancen nutzen, Wähler:innen zurückzugewinnen, die von der Politik  
76 von SPD und GRÜNEN in der Regierung enttäuscht sind oder noch enttäuscht werden. Und  
77 sie muss verstärkt jene wachsende Gruppe von Menschen ansprechen, die sich von keiner  
78 Partei mehr vertreten fühlen. Schon jetzt dürfte bei vielen die Freude über die  
79 Erhöhung des Mindestlohns von Sorgen angesichts steigender Preise für Energie,  
80 Lebensmittel u.a. abgelöst worden sein. DIE LINKE kann sich hier als Partei  
81 profilieren, die gegen höhere Preise für Grundbedürfnisse kämpft und das Geld von  
82 Kriegsprofiteuren einsammeln will. In den kommenden Jahren werden sich die  
83 Verteilungsauseinandersetzungen weiter verschärfen. Die geplante Aufrüstung, die  
84 Steuerausfälle, die Kosten der Corona-Krise sowie der anstehenden beschleunigten  
85 Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Freisetzung (Dekarbonisierung) werden letztlich immer wieder zwei  
86 Alternativen präsentieren: höhere Steuern (aber sicher nicht für Superreiche) oder  
87 Ausgabenkürzungen – zumal die Schuldenbremse weiter gilt. Für dringend nötige  
88 Investitionen in die soziale Infrastruktur (d.h. mehr Personal in Krankenhäusern &  
89 Pflege, Schulen & Kitas, bezahlbare Wohnungen, ÖPNV usw. usw.) wird kein oder viel zu  
90 wenig Geld da sein.

91 Ökologischer Umbau wird zu neuen sozialen Ausgrenzungen/Belastungen für die normalen  
92 Bürger:innen führen. Hier darf DIE LINKE die herrschende Politik nicht nur wegen  
93 ihrer ökologischen Unzulänglichkeit kritisieren (das auch), sondern muss vor allem  
94 die Anforderung der sozialen Gestaltung und Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen  
95 – und ihre Eigenständigkeit betonen. Das bedeutet also: den Schutz oder angemessenen

96 Ersatz für verloren gehende Arbeitsplätze und Ausgleich finanzieller Belastungen  
97 besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen und mit unvermeidlichen Mehrausgaben  
98 in den Vordergrund stellen. Der Umbau darf nicht den Einzelnen aufgelastet oder dem  
99 Markt überlassen werden, sondern erfordert einen demokratisch gesteuerten Umbau von  
100 Produktion und Infrastrukturen. Dazu gehört auch die erhebliche Stärkung der  
101 Gewerkschaften, der Tarifverträge und der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten.  
102 Gleichzeitig werden die Rentenversicherung sowie die Kranken- und die  
103 Pflegeversicherung zunehmende Aufwendungen erfordern, zumal aus sozialer Sicht höhere  
104 Renten und bessere Leistungen der Pflegeversicherung erforderlich sind. Vor diesem  
105 Hintergrund ist eine erneute neoliberale Offensive für die Begrenzung und  
106 Privatisierung von Leistungen und Beitragsätzen sowie eine weitere Erhöhung des  
107 Renteneintrittsalters zu erwarten. Hier kann und muss sich DIE LINKE als konsequent  
108 soziale Kraft profilieren, die für Verbesserungen statt Abbau von Leistungen, die  
109 Einbeziehung aller in die gesetzlichen Sozialversicherungen und für gerechte  
110 Finanzierung eintritt. Sie muss dazu auch ihre Argumentationsfähigkeit bzw. die ihrer  
111 Mitglieder stärken.

112 DIE LINKE verurteilt ganz klar und unmissverständlich den Angriffskrieg Russlands  
113 gegen die Ukraine und setzt sich für eine schnellstmögliche Beendigung des Krieges  
114 und den Rückzug der russischen Truppen ein. Sie muss aber auch weiterhin gegen eine  
115 Politik der Konfrontation und Aufrüstung eintreten und für Frieden und Entspannung,  
116 Abrüstung und internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der globalen Probleme  
117 (Klimawandel und Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen, Armut und  
118 Unterentwicklung, Kriege und Bürgerkriege, Vertreibung und Flucht) eintreten. Sie  
119 muss die Heuchelei und Doppelstandards der westlichen Politik angreifen, die von  
120 Menschenrechten redet, aber in Wirklichkeit wirtschaftliche und geopolitische  
121 Dominanzinteressen vertritt. Militärinterventionen und Waffenexporte müssen weiter  
122 konsequent abgelehnt werden. Es muss hier darum gehen, am Aufbau einer wieder starken  
123 Friedensbewegung mitzuwirken und politischen Druck für eine friedliche und  
124 solidarische Außenpolitik Deutschlands und der EU zu entwickeln.

125 Wenn wir uns jetzt nicht zerlegen und die richtigen Schwerpunkte setzen, werden wir  
126 wieder an Zuspruch gewinnen können. Gleichzeitig werden wir diskutieren müssen, wie  
127 wir unsere Interessenvertretungs- und Reformpolitik im Kapitalismus und für eine  
128 sozial-ökologische Transformation überzeugender als bisher verbinden mit marxistisch  
129 fundierter Kapitalismuskritik und mit einer übergreifenden Erzählung. Der Erzählung  
130 vom Kampf für den Aufbau einer besseren, menschlicheren, demokratisch-sozialistischen  
131 Gesellschaft, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet.

## **Antrag P11: Änderungsantrag Beschluss Parteivorstand "Solidarität mit Betroffenen und konsequentes Handeln gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt"**

**Antragsteller\*in:**

KV Bamberg-Forchheim

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Aufgrund der jüngsten Ereignisse bezüglich sexualisierter Gewalt innerhalb der Partei
- 2 DIE LINKE kam es am 20. April 2022 von Seiten des Parteivorstandes zu einem
- 3 lösungsorientierten Beschluss. Diesen wollen wir im Folgenden aufgrund seiner zu
- 4 allgemein gehaltenen Formulierung spezifizieren:
- 5 I) Beschlusspunkte 1-3:

- 6 a) Besetzung von Vertrauenspersonen spezifizieren:  
7 Der Beschluss vom Parteivorstand am 20. April 2022 bezüglich der Besetzung der  
8 Vertrauensgruppe muss folgende Kriterien enthalten.
- 9 • Mindestens 50 Prozent externer Expert:innen (vertraute und befreundete Gruppen)
  - 10 • 75 Prozent- Besetzung von Flinta\* Personen
  - 11 • Mindestens eine Person mit schwerer Behinderung
  - 12 • Mindestens 1/3 Migrationshintergrund
  - 13 • Themenverwandter beruflicher Hintergrund (z.B. Sozialarbeiter:in, Psycholog:in,  
14 Berater:in, etc.)

15 b) Wahlordnung:

16 Die Wahlordnung soll wie folgt bestimmt sein:

- 17 • Die Mitglieder der Vertrauensgruppe dürfen keine Vorstandsposten innerhalb der  
18 Partei haben
- 19 • Die Vertrauensgruppe soll nicht vom Vorstand, sondern von der  
20 Mitgliederversammlung/ den Parteitag besetzt werden. Dabei hat der  
21 Bundesvorstand ein Größenkriterium einzuarbeiten.

22 Beispielsweise:

- 23 • Kreisverbände < 150 Personen → 1 Vertrauensperson per Vorstandsbeschluss
- 24 • Kreisverbände > 150 Personen → Vertrauensgruppe (min. 2 Personen) per (Kreis-  
25 Mitgliederversammlung
- 26 • Kreisverbände > 300 Personen → Vertrauensgruppe (mind. 6 Personen) per (Kreis-  
27 ) Mitgliederversammlung
- 28 • Alle weiteren/höheren Parteiebenen haben eine Vertrauensgruppe bestehend aus  
29 min. 6 Personen einzurichten. Dabei sind die oben stehenden Kriterien zu  
30 beachten und die Gruppe muss von einem Parteitag beschlossen werden.

31 c) Weitervermittlung zur Hilfestellung:

32 Zu den Aufgaben der Vertrauensgruppe/Vertrauensperson zählt auch die  
33 Weitervermittlung zu Beratungs- und (psychologischen) Hilfsangeboten zur  
34 Täter\*innenprävention und auch im Falle einer bestehenden Anschuldigung.

35 II) Beschlusspunkte 4-6

36 „Dies kann einen temporären Ausschluss von Sitzungen, Aktionen und Veranstaltungen  
37 beinhalten, bis der Fall aufgeklärt ist“

38 Wir fordern die Änderung der Begrifflichkeit „temporär“ zu „bis auf weiteres“.

- 39 • Forderung: Bei einer Anschuldigung von jeglicher sexualisierten Gewalt, soll  
40 der/die Angeschuldigte, wie dem Beschluss zu entnehmen ist, bis auf Weiteres von  
41 Sitzungen, Aktionen und Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Sollte der/die  
42 Angeschuldigte rechtskräftig verurteilt werden, wird diese\*r von jeglichen  
43 Parteiaktionen sowie allen Parteiämtern ausgeschlossen. Darüber hinaus wird  
44 der Rücktritt von allen Mandaten sowie ein Parteiausschlussverfahren gefordert.
- 45 • Dieser Ausschluss endet nach einer parteiinternen Mediation oder einem  
46 rechtskräftigen Urteil.

## Begründung

Der Beschluss des Parteivorstandes ist ein erster guter Schritt, die Thematik aufzuarbeiten. Dennoch erachtet der Arbeitskreis Gleichstellung mit Unterstützung des Kreisvorstandes des KV Bamberg-Forchheim eine Konkretisierung und Institutionalisierung für notwendig. Folgende oben angeführte Punkte dienen genau diesem Zweck. Wir als die Partei DIE LINKE, die sich ausdrücklich als

feministische und antisexistische Partei versteht, müssen uns dieser Thematik strengstens annehmen.

## **Antrag P12: Zusammenarbeit von Parteivorstand und Bundesarbeitsgruppen**

**Antragsteller\*in:** Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Bundeszusammenschlüsse müssen bereits bei der Genese von Wahlprogrammen und
- 2 Leitanträgen einbezogen werden. Hierfür sammelt die Bundesgeschäftsstelle inhaltliche
- 3 Vorschläge, BEVOR sie ein Programm bzw. Leitanträge schreibt. Der Parteivorstand
- 4 entwickelt dafür einen transparenten Prozess. Auch bei der Erstellung von
- 5 thematischen Flyern greifen wir auf das vorhandene Fachwissen zurück.

### **Begründung**

Es kann nicht sein, dass wir die Expertise unserer eigenen Mitglieder nicht ernst nehmen.

Wir wollen aus der Mittelmäßigkeit heraus, indem wir die Expertise unserer Mitglieder von vornherein miteinbeziehen. Damit aktivieren wir unser Wissen und vermeiden Sachfehler wie z.B. das Fordern von Gesetzen, die bereits eingeführt wurden. Der Wahlprogrammmentwurf im Jahr 2021 enthielt ganze Kapitel „Copy and Paste“. Das ist peinlich und entspricht nicht dem Anspruch einer professionellen Partei. Mit einem veränderten Vorgehen sorgen wir von vornherein für eine höhere Qualität. So können wir den Zeitaufwand, der bisher durch die Flut von Änderungsanträgen entsteht, verringern. Das Bearbeiten im Nachhinein kostet tausende Stunden ehrenamtlicher Arbeit und verbessert die langen, unstrukturierten Wahlprogramme kaum. Mit der Änderung des Prozesses kann auch wertvolle Zeit gewonnen werden, um weniger Änderungsanträge auf Parteitag tatsächlich zu diskutieren.

## **Antrag P13: Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE**

**Antragsteller\*in:** BAG LISA, Kreisvorstand Freiburg, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 *„Anfang des 19. Jahrhunderts erstarkte die Frauenbewegung. Sie kämpfte für die*
- 2 *politische, ökonomische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung der Frauen und für*
- 3 *eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse auch im Privaten. Wir beziehen uns auf*
- 4 *politische Theorien der Frauenbewegung und des Feminismus, die die Kritik an allen*
- 5 *Herrschaftsverhältnissen, die Frauen unterdrücken und benachteiligen, in den*
- 6 *Mittelpunkt stellen und weltweit die Durchsetzung der Menschenrechte für die Frauen*
- 7 *und die Abschaffung jedweder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts fordern.“*
- 8 (Erfurter Programm, Kapitel „Woher wir kommen, wer wir sind“, verabschiedet 2011 mit
- 9 96,9 Prozent der Stimmen auf dem Parteitag und mit 95,8 Prozent im
- 10 Mitgliederentscheid.)
- 11 DIE LINKE versteht sich als feministische Partei. Viele Feminist\*innen organisieren
- 12 sich genau deshalb in der LINKEN und feministische Themen sind prägend für unsere
- 13 politische Arbeit.
- 14 Für uns steht fest: Sexualisierte Gewalt und sexistische Strukturen haben in unserer
- 15 Partei keinen Platz.

16 Leider kann kein Gesellschaftsbereich von sich behaupten, frei von Sexismus zu sein:  
17 Er kommt vor im Sport, in der Kultur, in der Politik, im Bildungswesen, am  
18 Arbeitsplatz, auf der Straße, im Privaten und im Club. Jeder einzelne dieser Bereiche  
19 ist gefragt, Strukturen zu schaffen, die Übergriffe verhindern und Betroffene  
20 schützen. Sexismus ist in der LINKEN nicht stärker, als im Rest der Gesellschaft,  
21 auch wenn es gerade so erscheinen mag.

22 Als linke Partei mit einem erklärten feministischen Selbstverständnis sind wir jedoch  
23 mehr als andere herausgefordert sowohl für eine feministische Organisationskultur  
24 nach innen als auch für die Überwindung von patriarchalen Machtverhältnissen in der  
25 Gesamtgesellschaft einzutreten. Beides ist Teil unseres Kampfes für eine bessere und  
26 gerechtere Gesellschaft. Wir verändern uns, um die Gesellschaft zu verändern.

### 27 **Gründliche Aufarbeitung**

28 Im April dieses Jahres haben wir eine mediale Debatte über Fälle von sexistischen  
29 Übergriffen und Machtmissbrauch in unserer Partei erlebt. Es war gut, dass der  
30 Jugendverband das ausgesprochen hat. Für eine Partei mit feministischem Anspruch sind  
31 wir auf Fälle sexualisierter Gewalt zu schlecht vorbereitet, das muss ehrlich und  
32 selbstkritisch festgestellt werden. Der Aufschrei hat gezeigt, dass wir dringend  
33 handeln müssen. Wenn Fälle von sexueller Belästigung, Machtmissbrauch und  
34 sexualisierter Gewalt auftreten, müssen diese unabhängig aufgearbeitet werden, am  
35 besten mit Hilfe einer externen Begleitung mit professioneller Expertise. Die  
36 Betroffenen müssen ernst genommen, geschützt und ihnen muss zugehört werden. Der  
37 Parteivorstand hat hierfür erste konsequente Schritte beschlossen, wie etwa einen  
38 Pool externer Expert\*innen, an die Betroffene schnell und unkompliziert vermittelt  
39 werden können. Diese richtigen Schritte müssen jetzt konsequent weiterverfolgt  
40 werden.

41 In Aufarbeitungsprozessen sollten auch unsere Genossen Verantwortung übernehmen, denn  
42 die Aufklärung und Bekämpfung von Sexismus und sexualisierter Gewalt kann nicht auf  
43 Frauen, nicht-binäre, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen abgewälzt  
44 werden. Wir alle sind verantwortlich.

### 45 **Klare, verbindliche Leitfäden/Protokolle**

46 Um richtig zu handeln, ist es wichtig zu differenzieren: zwischen Sexismus oder  
47 sexistischen Belästigungen und zwischen sexualisierter Gewalt, Nötigung oder  
48 Vergewaltigung. Für alle sind Machtgefälle und Machtmissbrauch eine Grundlage, aber  
49 es bestehen zwischen Taten graduelle Unterschiede, die unterschiedliches Handeln  
50 verlangen. Für jeden spezifischen Fall brauchen wir verbindliche und klare Leitfäden  
51 und Verfahrensweisen, die jeweils in Gang gesetzt werden, mit denen wir 1. sorgsam  
52 und respektvoll handeln, 2. Betroffene schützen und 3. gleichzeitig die Rechte aller  
53 Beteiligten gewährleisten können. Die Unschuldsvermutung ist ein hohes Gut, diese  
54 darf nicht gegen die Glaubwürdigkeit der Betroffenen eingesetzt werden. Solche  
55 Leitfäden würden auch das parteiliche Umfeld, das mit einem Fall umgehen muss, aus  
56 der Ohnmacht holen.

57 Wir brauchen nachhaltige, vertrauensvolle Strukturen, die Betroffenen nicht re-  
58 viktimisieren, sondern es ihnen ermöglichen, ohne Ohnmacht und Scham (wieder)  
59 Handelnde zu werden. Wir brauchen Strukturen, die sexuelle Belästigung und Übergriffe  
60 eindämmen und langfristig auflaufen lassen. Wir brauchen konkrete Arbeit an  
61 Machtstrukturen, die den Boden für Sexismus und sexualisierte Gewalt bereiten. Wir  
62 müssen an die Wurzeln des Problems.

### 63 **Kontinuierlicher Prozess transformativer Gerechtigkeit**

64 Feministinnen in der LINKEN fordern seit langem, dass DIE LINKE eine Partei sein  
65 muss, in der Frauen und queere Menschen sich willkommen fühlen, eine Partei, in der  
66 sexistisches Verhalten nicht hingegenommen oder unter den Teppich gekehrt wird und in  
67 der alle dafür die Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass sich bei uns alle

68 engagieren können, in einer solidarischen Kultur des Umgangs. Wo patriarchale  
69 Unkulturen auftreten, wollen wir sie überwinden. In der Partei und in der  
70 Gesellschaft.

71 In der öffentlich geführten Diskussion ab April sind viele Verletzungen entstanden,  
72 sie war für viele Mitglieder der Partei sehr schmerzhaft. Sie hat aber auch in aller  
73 Dringlichkeit aufgezeigt, dass wir handeln müssen. Wir wollen die aufgebrochene  
74 Diskussion als Chance wenden, für einen echten feministischen und solidarischen  
75 Aufbruch in der LINKEN als Teil der Erneuerung der Partei zu streiten, die unser  
76 gemeinsames Anliegen ist. Das sind wir auch den Wählerinnen, Sympathisantinnen und  
77 Frauen in diesem Land schuldig: DIE LINKE muss als politische Kraft wieder auf die  
78 Beine kommen!

79 Wir sind überzeugt davon, dass die programmatischen Bekenntnisse zu einer  
80 feministischen Linken von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und  
81 Mandatsträger\*innen geteilt werden. Daran, sie im Alltag selbstverständliche Praxis  
82 werden zu lassen, müssen wir gemeinsam arbeiten.

83 Sexualisierte Gewalt gedeiht in einer entsprechenden Kultur, in der Machthierarchien  
84 aufrechterhalten, ausgenutzt und missbraucht werden.

85 Sie ist Bestandteil einer misogynen Kultur, in der Frauen abgewertet werden – und es  
86 ihnen nahe gelegt wird, andere Frauen abzuwerten, um von männlich geprägten  
87 Machtnetzwerken zu profitieren. Sexismus und Gewalt wachsen in einer Kultur, in der  
88 Menschen schweigen und vertuschen, weil sie negative Außenwirkung fürchten, weil es  
89 ihnen nützt, dass die Zustände so bleiben, wie sie sind und in der diejenigen, die  
90 aufbegehren, als Störenfriede und Nestbeschmutzer\*innen dargestellt werden. Wir  
91 wollen, dass hingeschaut wird, dass zugehört wird, dass Machtgefälle reflektiert und  
92 kollektiv kritisch bearbeitet werden.

93 Uns geht es dabei um einen gemeinsamen kollektiven Lernprozess. Eine feministische  
94 Organisationskultur lässt sich nicht durch Beschlüsse herbeiführen, sondern erfordert  
95 auf Dauer angelegte Anstrengungen von uns allen auf allen Ebenen der Parteiarbeit.

96 Wir wollen, dass in einer solidarischen Kultur Grenzen deutlich gemacht werden können  
97 und respektiert werden. Wir wollen eine solidarische, eine feministische LINKE, denn  
98 unsere Partei wurde als eine feministische gegründet.

99 Diesen Grundkonsens müssen wir ständig erneuern.

100 **Wir schlagen konkret für die Bundesebene und die Landesverbände vor:**

- 101 • Die Einrichtung von den Parteihierarchien unabhängiger Ombudspersonen/-Gruppen  
102 mit eigenem Budget als Anlaufstellen bei sexistischer Belästigungen und  
103 Übergriffen im Zusammenhang mit der Partei. In jedem Fall müssen die  
104 Ansprechpersonen dafür bezahlte Schulungen erhalten.
- 105 • Weiterführung und Ausbau des Expert\*innenpools, den der Parteivorstand bereits  
106 begonnen hat, zur Aufklärung von Vorfällen und zur konkreten Unterstützung  
107 Betroffener.
- 108 • Einsetzung einer feministischen Kommission bestehend aus Expert\*innen innerhalb  
109 und außerhalb der Partei, die verbindliche Leitfäden/Protokolle für Fälle von  
110 Sexismus, sexualisierter Belästigung und Gewalt in ihren verschiedenen Formen  
111 erarbeiten soll, wie sie in vielen anderen Linksparteien auf der Welt bereits  
112 existieren und angewendet werden. Diese Protokolle sollen spätestens in einem  
113 Jahr durch einen Parteitag beschlossen werden.
- 114 • Diese Leitfäden/Protokolle sollen mindestens enthalten:  
115 1. Arbeit mit den Betroffenen, die sie ernst nimmt und eine Re-Viktimisierung  
116 verhindert.  
117 2. Auseinandersetzung mit der Person, die eines Übergriffs beschuldigt wird, um  
118 eine Möglichkeit der Weiterentwicklung zu geben.

- 119 3. Arbeit in der Partei durch spezifische Reflexionsrunden und Fortbildungen für  
120 die Mitglieder betroffener Strukturen.
- 121 4. Kollektive Verantwortung für die Gewährleistung der Persönlichkeitsrechte  
122 aller Personen in diesem Prozess.
- 123 • Maßnahmen zur Überwindung einer patriarchalen Kultur, die Sexismus und  
124 sexualisierte Gewalt ermöglichen, und für die Herausbildung einer aktiven,  
125 solidarischen Parteikultur, in der Fälle von Sexismus und Machtmissbrauch  
126 bearbeitet werden können.
  - 127 • Awarenessstrukturen bei Veranstaltungen mit klar definierten Aufgabenbereichen,  
128 die Vertrauen genießen.
  - 129 • Kontinuierliche Beschäftigung der Genossen mit Feminismus und Sensibilisierung  
130 für diese Themen (zB gut vorbereitete Männerplena als Pendant zu Frauenplena).
  - 131 • Verpflichtende Seminare/ Weiterbildung zur Sensibilisierung für  
132 Sexismus/sexualisierte Gewalt für Mandatsträger und Personen in leitender  
133 Funktion.
  - 134 • Verpflichtende Bildungsangebote in ausreichendem Umfang für die Kreis- und  
135 Ortsverbände zu Feminismus, Sexismus und Misogynie und feministischer Arbeit in  
136 den Landesverbänden und auf Bundesebene.
  - 137 • In den Parlamenten sollten sich Abgeordnete dafür einsetzen, dass für  
138 Mitarbeitende der Fraktionen, der Abgeordneten und der Verwaltung unabhängige,  
139 fraktionsübergreifende Beschwerde- und Beratungsstellen geschaffen werden.
  - 140 • Anstehende Strukturreformen müssen mit dem Ziel eines Abbaus von Hierarchien  
141 durchgeführt werden.
  - 142 • All diese Elemente müssen bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Dafür sind die  
143 Landesverbände zuständig. Finanzstärkere Verbände unterstützen hierbei  
144 finanzschwächere. Notfalls springt der Bundesverband ein.

## **Begründung**

Ergibt sich aus dem Antrag.

## **Antrag P14: Antrag auf Beauftragung der Satzungskommission mit der Vorbereitung weiterer Satzungsänderungen**

<b>Antragsteller*in:</b>	Benjamin-Immanuel Hoff
--------------------------	------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Satzungskommission wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2022, Vorschläge für  
2 weitergehende Änderungen der Satzung zu unterbreiten. Dabei soll insbesondere geprüft  
3 werden:
- 4 • Ob die Regelungen zur Mitgliedschaft (§§ 3 bis 5) dahingehend anzupassen sind,  
5 dass über den Beitritt zur Partei künftig nach Antrag durch den Vorstand der  
6 zuständigen Gebietskörperschaft entschieden wird.
- 7 • Inwieweit die Regelungen zum Mitgliederentscheid (§ 8) vor dem Hintergrund der  
8 bislang gesammelten Erfahrungen angepasst werden sollten. Dabei sind  
9 insbesondere die Regelungen zur Information der Mitgliedschaft über die Inhalte  
10 der zur Abstimmung stehenden Frage unter dem Gesichtspunkt von Transparenz und  
11 Verfahrensgerechtigkeit zu betrachten.



- 12 • Die Regelungen der §§ 9 (Gleichstellung) und 10 (Geschlechterdemokratie) sollten  
13 zu einem Frauenstatut fortentwickelt und Regelungen zu Diversität erstmals  
14 getroffen werden. Hierbei sind die Erfahrungen aus #LinkeMeToo einzubeziehen.
- 15 • Soweit aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie und den Digital-Parteitag  
16 statuarische Anpassungserfordernisse entstanden sind, die nicht durch Regelungen  
17 des Parteiengesetzes adäquat geregelt sind, sollten entsprechende Vorschläge  
18 vorgelegt werden.

## **Begründung**

Organisationsentwicklung ist ein dauerhafter Lern- und Verbesserungsprozess. Die bestehende Satzungskommission soll deshalb Vorschläge für Änderungen unserer Satzung unterbreiten und so zur innerparteilichen Diskussion stellen, dass darüber auf dem im Jahr 2023 stattfindenden Parteitag abgestimmt werden kann.

*[Der Antrag wurde zunächst als S22 in Antragsheft 1 veröffentlicht, erhielt nach Prüfung durch die Antragskommission eine neue Zuordnung und wird nun wortgleich unter der Antragsnummer P14 geführt und veröffentlicht.]*

## Antrag S23: Ergänzung § 10 (1) Geschlechterdemokratie

Antragsteller\*in: Christine Hein (LAG Lisa)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 10 Geschlechterdemokratie
- 2 (1) Ergänzung am Ende: "Frauen brauchen neue Strukturen, um männlichen Strukturen
- 3 entgegenzuwirken und brauchen dafür ein Frauennetzwerk innerhalb der Partei. Nämlich
- 4 einen Landesfrauenrat in allen Bundesländern und eine feministische Beraterin in
- 5 jedem Landesvorstand, Kreisvorstand, in jedem OV und im Bundesvorstand, die
- 6 miteinander vernetzt sind."

### Begründung

In Schleswig-Holstein hat sich seit 2020 bereits ein Landesfrauenrat erfolgreich gegründet. Er geht mit gutem Beispiel voran. Im Zuge der aktuellen "Metoo"-Diskussion und der aktuellen Debatte rund um Sexismus auch in unserer Partei wird es höchste Zeit, dass sich Frauen vernetzen und auf allen Ebenen direkte Ansprechpartnerinnen vorfinden.

## Antrag S24: Änderungen § 10 Geschlechterdemokratie

Antragsteller\*in: Christine Hein (LAG Lisa)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 (4) Änderungen:
- 2 Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten und den
- 3 ersten zwei Vorsitzenden sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen.
- 4 (5) ... Parlamente, kommunale Vertreter, Körperschaften... "soweit Bewerberinnen zur
- 5 Verfügung stehen" streichen.

### Begründung

Es gibt viele Frauen in unserer Partei, die aktiv werden wollen. Im Vorfeld sollten Frauen über Positionen aktiv informiert, geworben, über Gespräche aktiviert und gesucht werden. Im Vorfeld wird ja auch, leider vorwiegend mit männlichen Genossen, „gekungelt“ und somit männliche Genossen verstärkt aktiviert. Frauen trauen sich bei mangelnder Erfahrung neu zu besetzende Posten oft nicht zu und müssen ebenfalls und zwar noch stärker als männliche Genossen aktiviert werden und Rückhalt erfahren, indem sie auch über Inhalte und Aufgaben der zu wählenden Positionen im Vorfeld informiert werden. Frauen erleben sehr genau, dass vor Wahlen meist ausschließlich männliche Genossen angesprochen werden. Sie fühlen sich daher oft in unserer Partei trotz Quotenregelung als unerwünscht und glauben sie seien inkompetent. Auch Genossinnen selbst neigen dazu, Männer als kompetenter anzusehen und sprechen sich oft nicht untereinander ab.

Es gibt außerdem immer noch viele Genossen in unserer Partei, die die Quotenregelung ablehnen und sich entsprechend verhalten und vor Wahlen gezielt nicht aktiv auf Genossinnen zugehen und sie auf diese Weise ausschließen. Oft hört man das Argument, dass sich ja schon im Vorfeld keine Frau gemeldet hat, ohne vorher erst aktiv gefragt zu haben.

## **Antrag S25: Ergänzung § 10 Geschlechterdemokratie**

**Antragsteller\*in:** Christine Hein (LAG Lisa)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 (6) „Zur Einhaltung und Kontrolle der Frauenquote muss in allen Vorständen eine
- 2 Frauenbeauftragte gewählt werden.“

### **Begründung**

Viele Genossen verstehen es, die in unserer Bundessatzung bereits seit langem verankerte Frauenquote über rhetorische Tricks, wie gezieltes leises Sprechen – gerade dann, wenn es um die Frauenquote geht –, oder über eine schnelle kurzgefasste Feststellung, es habe im Vorfeld keine Frau Interesse gezeigt, direkt zur Wahl männlicher Kandidaten überzugehen, und somit rhetorisch die Frauenquote zu übergehen. Für einen Widerspruch ist es dann oft zu spät. Frauen müssen dann oft als Einzelkämpferin dennoch um die Frauenquote kämpfen. Diesem Verhalten von Genossen muss entgegengewirkt werden. Es gibt außerdem immer noch viele Genossen in unserer Partei, die die Quotenregelung ablehnen und sich entsprechend verhalten und vor Wahlen gezielt nicht aktiv auf Genossinnen zugehen und sie auf diese Weise ausschließen. Oft hört man das Argument, dass sich ja schon im Vorfeld keine Frau gemeldet hat, ohne vorher erst aktiv gefragt zu haben.

## **Antrag S26: § 16 (1) Zusammensetzung und Wahl des Parteitages**

**Antragsteller\*in:** Christine Hein (LAG Lisa)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In § 16 Zusammensetzung und Wahl des Parteitages unter Punkt (1) ergänzen:
- 2 „(d) Zwei Feministinnen, gewählt eine von der BAG LISA und eine von den
- 3 Feministischen linken Frauen“

### **Begründung**

Der Einfluss von feministischen Frauen muss größer werden, um verkrustete patriarchale Strukturen innerhalb der Partei entgegenzuwirken. Was DIE LINKE unter einer feministischen Frau versteht, soll in Schulungen diskutiert und geklärt werden.

## **Antrag S27: § 25 Finanzplanung und Rechenschaftsbelegung**

**Antragsteller\*in:** Christine Hein (LAG Lisa)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 (2) Der Bundesausschuss entscheidet über den jährlichen Bundesfinanzplan auf
- 2 Vorschlag des Parteivorstandes.
- 3 Ergänzung: „...die Frauenpolitische Arbeit der politischen Frauensprecherin und der
- 4 Feministin im Vorstand muss dabei über ein angemessenes eigenes Budget frei verfügen
- 5 können.“
- 6 Änderung: Landesverbände „müssen“ für die Landesfinanzpläne „die gleiche“ Regelung

7 treffen.

### **Begründung**

Es geht nicht an, dass Frauen in Vorständen immer wieder für frauenpolitische Aktionen wie dem 8. März, oder anderen Aktionen und Projekten um ein Budget kämpfen müssen und ihre Anträge für Finanzen oft mehrheitlich angeblich „mangels Finanzen“ abgelehnt werden. Ohne ein festes Jahresbudget für Frauenpolitische Arbeit in allen Vorständen ist die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Partei und außerhalb der Partei nicht realisierbar. Frauen sind die Hälfte der Menschheit und müssen laut Gleichstellungsgesetz unserer Bundesverfassung von 1949 aktiv gefördert werden. Dies gilt auch für unsere Partei (siehe auch § 10 (1) unserer Bundessatzung).

## **Antrag S28: § 19 Zusammensetzung des Parteivorstandes**

**Antragsteller\*in:** Christine Hein (LAG Lisa)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 (1) Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus 13 Mitgliedern, (statt wie
- 2 bisher 12)
- 3 (e) ... und einer Frauenpolitischen Sprecherin.

### **Begründung**

Die Frauenpolitische Sprecherin vertritt den Geschäftsführenden Bundesvorstand mit allen frauenpolitischen Themen nach außen. In den Fraktionen von Bund und Ländern sind bereits frauenpolitische Sprecherinnen vertreten, dies sollte auch im Parteivorstand der Fall sein.

## **Antrag S29: § 19 Zusammensetzung des Parteivorstandes**

**Antragsteller\*in:** Christine Hein (LAG Lisa)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In § 19 (3) im Satz "Dem Parteivorstand gehören [...] an." wird hinzugefügt "und eine
- 2 linkspolitische Feministin"

### **Begründung**

Die Feministin im Parteivorstand vertritt alle innerparteilichen Belange von Genossinnen und ist Ansprechpartnerin für alle Landesfrauenräte und feministische Beraterinnen in jedem Landesvorstand, Kreisvorstand, in jedem OV.

## **Antrag S30: Ergänzung § 19 der Bundessatzung**

**Antragsteller\*in:** Tobias Bank

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 19 der Bundessatzung wird um folgenden Punkt (4) ergänzt:
- 2 (4) Im Falle des Rücktritts eines gewählten Mitgliedes des Parteivorstandes rückt

- 3 automatisch die Kandidatin oder der Kandidat der jeweiligen Wahlliste mit der nächst
- 4 höheren Anzahl der Delegiertenstimmen des betreffenden Wahlparteitages nach.

### **Begründung**

Wenn Mitglieder des Parteivorstandes ihre PV-Mandate zurückgeben, rückt kein neues Mitglied nach. Dies hat Auswirkungen auf die Beschlussfähigkeit. Daher sollte eine Nachrückregelung getroffen werden.

## **Antrag S31: Änderung § 19 der Bundessatzung**

**Antragsteller\*in:** Tobias Bank

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 19 der Bundessatzung wird wie folgt geändert:
- 2 Die Gesamtzahl der Mitglieder des Parteivorstandes sowie des Geschäftsführenden
- 3 Parteivorstandes werden jeweils um 1/4 auf 33 und 9 reduziert.

### **Begründung**

Ein Parteivorstand dieser Größe hat sich offensichtlich als nicht funktional und ineffizient erwiesen. Mal abgesehen von den Fahrt- und Übernachtungskosten der einzelnen Mitglieder zu Veranstaltungen, Gremienberatungen und Parteitag. Eine Reduzierung um 1/4 würde ausreichen, um theoretisch alle Bundesländer und die große Mehrheit der Zusammenschlüsse durch seine Mitglieder zu repräsentieren.

## **Antrag S32: § 22 Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes**

**Antragsteller\*in:** LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 22 Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes
- 2 (1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus bis zu 22 vom Parteitag zu
- 3 wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes,
- 4 eine frauenpolitische Sprecherin, eine Koordinatorin oder ein Koordinator für
- 5 europäische/internationale Politik sowie eine jugendpolitische Sprecherin oder ein
- 6 jugendpolitischer Sprecher.
- 7 Der Parteitag bestimmt die genaue Zusammensetzung des Parteivorstandes.
- 8 (2) Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus 4 Mitgliedern:
- 9 (a) zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,
- 10 (b) eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister,
- 11 (c) eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer.
- 12 (3) Die Mitglieder des Geschäftsführenden Parteivorstandes werden mit ihrer Wahl
- 13 zugleich zu Mitgliedern des Bundesausschusses gewählt.
- 14 (4) Der Parteivorstand wird in der Regel in jedem zweiten Jahr gewählt. Hat in einem
- 15 Kalenderjahr keine Wahl des Parteivorstandes stattgefunden, muss diese spätestens auf
- 16 einem ordentlichen Parteitag im darauf folgenden Kalenderjahr stattfinden. Im Übrigen

- 17 finden eine Neuwahl des Parteivorstandes oder eventuelle Nachwahlen auf Beschluss des  
18 Parteitages statt.  
19 (5) Mitglieder der Partei DIE LINKE, die in einem beruflichen oder finanziellen  
20 Abhängigkeitsverhältnis zur Bundespartei stehen, können kein Parteivorstandsamt  
21 bekleiden.

## **Begründung**

Der Landesverband ist für eine Verkleinerung des Parteivorstandes. Die Debatte um die Verkleinerung wurde in den vergangenen Jahren schon vielfach angekündigt – echte Ergebnisse daraus sind aus unserer Sicht nicht spürbar. Aus diesem Grund sehen wir den erneuten Aufruf und die Zusage zu einer Strukturdebatte als Nebelkerze. Erneuerung und Wandel muss bereits auf diesem Parteitag ihren Anfang finden, da uns sonst die Zeit nicht mehr nicht reichen wird, bis diese ihre Wirkung entfalten. Wir glauben, dass die Verkleinerung des Parteivorstandes lediglich den Auftakt für eine Neuordnung der Parteigremien und deren Aufgaben geben kann. Dieser Startschuss ist jedoch unerlässlich.

Der Parteivorstand ist ein Repräsentations- und Beschlussgremium. Kein Beratungsgremium. Deshalb ist die Größe des Parteivorstandes auch kein Merkmal innerparteilicher Demokratie – diese muss in anderen Gremien und durch andere Beratungsmodi sichergestellt werden. Innerparteiliche Demokratie geschieht auf dem Bundesparteitag, im Bundesausschuss, im Gespräch zwischen Genossinnen und Genossen und zwischen den Landesverbänden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen mit diesem Antrag ein Alternativ-Angebot zu dem von Benjamin Hoff schaffen. Nicht, dass der Antrag von Benjamin Hoff schlecht ist, sondern eher, weil es ein harter Schnitt wäre. Wir sehen diesen harten Schnitt zwar als nötig – wir sehen jedoch nicht, dass dieser Schnitt von Mehrheit mitgetragen werden wird. Aus diesem Grund möchten wir einen Zwischenschritt anbieten. Einen Zwischenschritt in dem Bewusstsein, dass uns die vielen kleinen Zwischenschritte und Formelkompromisse unter anderem erst in diese Situation gebracht haben.

## **Antrag S33: Verkleinerung des Parteivorstandes**

**Antragsteller\*in:** KV Meißen, OV Werne, Bezirksvorstand Pankow, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand wird ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt auf 22 Mitglieder reduziert.
- 2 §19 (1) der Bundessatzung wird entsprechend geändert.

## **Begründung**

Wir sind der Auffassung, dass auch ein Parteivorstand mit 22 Mitgliedern ausreichend ist, um die Meinungsvielfalt in der Partei adäquat abzubilden. Dabei führt ein Parteivorstand in der aktuellen Größe, gerade in pluralen Organisationen wie der Partei DIE LINKE, schon in der innerparteilichen Wahrnehmung zum Eindruck von verwässerten Verantwortlichkeiten und struktureller Handlungsunfähigkeit. Die reduzierte Größe des Parteivorstandes, die zu einer erhöhten Arbeitsbelastung für die gewählten Mitglieder führt, sollte durch eine stärkere Inanspruchnahme der Expertise von BAGs, etc. ausgeglichen werden.



